



Ralph Heidenreich / Stefan Heidenreich

Forderungen

Merve Verlag Berlin



Originalausgabe

Redaktorat: Tom Lamberty, Max Peukert

© 2015 Merve Verlag Berlin

Printed in Germany

Druck- und Bindearbeiten: Dressler, Berlin

Umschlagentwurf: Jochen Stankowski, Dresden

ISBN 978-3-88396-324-2

www.merve.de



INHALT

EINLEITUNG	7
DIE HERRSCHAFT DER TEUFEL	9
DIE AUFGABE DER STAATEN	25
FINANZFEUDALISMUS.....	43
REVOLUTION UND VERWALTUNG.....	65
DREI UTOPIEN	84
VOLLBESCHÄFTIGUNG	86
GRUNDEINKOMMEN	93
GELDLOSE ÖKONOMIE.....	104

EINLEITUNG

Forderungen weisen nach vorne. Daher handelt unser Buch von Aussichten auf etwas Künftiges. Im ersten Kapitel geht es um das, was uns droht, wenn sich nichts ändert, und die Dinge so weiterlaufen, wie sie laufen. Das dritte Kapitel stellt dem drei utopische Modelle gegenüber. Der kurze Mittelteil betrachtet die Frage des Übergangs, also wie wir überhaupt von der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu einer anderen kommen können.

Es gibt zwei Sorten von Forderungen. Solche, die an uns gestellt werden, und solche, die wir selbst stellen. Zahlungsforderungen gehören zu der Sorte von Forderungen, die an uns gerichtet werden. Sie sind der Rohstoff unserer gegenwärtigen Ökonomie. Nicht weil sie beglichen werden sollen – denn das würde der Vernichtung von Geld entsprechen – sondern weil sie selbst wieder als Geld zählen und als Forderungen in die Zukunft zeigen. In den Zahlungsforderungen verwandeln sich künftige Einnahmen in gegenwärtigen Wert. Hier liegt der Kern eines scheinbaren Widerspruchs, der die große Vermögensvermehrung unserer Zeit möglich macht. Je geringer unsere Erwartungen an die Zukunft werden und je weiter damit die Zinsen gegen Null fallen, desto höher rein rechnerisch die Vermögen, die sich aus der gleichen Zahlungsforderung ableiten lassen. Bei Zins-erwartungen gegen Null streben die Vermögenswerte gegen unendlich.¹ Diesem Verhältnis von Hoffnungslosigkeit und gleichzeitigem Reichtum entspricht die Dystopie, auf die wir zustreben. Der Finanzfeudalismus unserer Zeit erwächst aus dem Gegensatz von riesigen Vermögen und absoluter Armut. Er teilt die Welt

¹ Mit negativen Zinsen haben wir den Definitionsraum eines ins Unendliche gedachten diskontierten Wertes längst verlassen. Wir befinden uns in einem künstlichen Finanzparadies, das das eigene Ende schon mitkalkulieren muss, weil es seine Vermögen nur noch aus endlichen Zahlungsreihen aufsummieren kann.

auf in Risikogebiete zerfallender Staaten und befriedete Zonen scheinbaren Wohlstands, regiert von Postdemokratien unter ökonomischem Zugzwang und datenbasierten Überwachungsprogrammen.

Gegen dieses Regime der großen globalen Finanzinteressen kann uns keine Revolution helfen. Längst sind Staaten und Regierungen zu ausführenden Organen geworden. Die vermeintliche Freiheit der Netzwerke ist der Überwachungsmaschinerie von großen privaten Plattformen und schon kaum mehr staatlich zu nennenden Geheiminstitutionen gewichen. Aber etwas ereignen muss sich doch, denn die ökonomische Lage ist nicht haltbar, weder von der Ungleichverteilung der Reichtümer her, noch wegen der Risiken des nach der Krise nur größer und unstabiler gewordenen Finanzsystems. Was als ökonomische und gesellschaftliche Utopie erreicht werden kann, liegt in den Routinen der Verwaltung bereits vor. Es muss nur gelingen, das technisch und administrativ Mögliche von den Zwängen der schlechten Regierung zu befreien.

Was können wir in dieser Lage fordern? Wenn Utopien immer auch Verwaltungsphantasien sind, dann gibt es für jede der drei großen Verwaltungen die ihr angemessene ökonomische Utopie: für den Staat die Utopie der Arbeit für alle, mit Jobgarantie, für die Vermögen das *helicopter money* als Grundeinkommen und für die Netzwerke die Utopie einer Ökonomie ohne Geld.

Biberach an der Riss / La Specchia, September 2015

DIE HERRSCHAFT DER TEUFEL

DIE TEUFEL

In seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« behauptet Immanuel Kant, dass es selbst einem Volk von Teufeln, wenn sie nur vernünftig handeln, gelingen kann, und sogar muss, einen gemeinsamen Staat zu errichten. Selbst dann, wenn keines dieser rational handelnden Wesen davor zurück schreckt, jederzeit alle Regeln zum eigenen Vorteil zu brechen. Die Nähe zur real existierenden Finanzwelt liegt auf der Hand.

»Das Problem der Staatserrichtung ist, so hart wie es auch klingt, selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben) auflösbar und lautet so: Eine Menge von vernünftigen Wesen, die insgesamt allgemeine Gesetze für ihre Erhaltung verlangen, deren jedes aber insgeheim sich davon auszunehmen geneigt ist, so zu ordnen und ihre Verfassung einzurichten, dass, obgleich sie in ihren Privatgesinnungen einander entgegen streben, diese einander doch so aufhalten, dass in ihrem öffentlichen Verhalten der Erfolg eben derselbe ist, als ob sie keine solche böse Gesinnungen hätten.«² Ohne die Einzelheiten dieser Regierung genauer auszuführen, fordert Kant nur, fast wie in einem mathematischen Beweis, dass es eine Lösung geben müsse.

Kants Teufel waren die feudalen Herrscher jenseits von Recht und Regeln, die ihrerseits aber doch Gesetze und Verwaltungen brauchten. Die Entstehung der Rechtsstaaten gegen die Willkür des absoluten Herrschers findet eine historische Parallele in der Selbstregulierung der Banken und der Gründung der Zentralbanken, um Banken gegen Instabilitäten im Kreditgeschäft abzusichern. Um miteinander handeln zu können, müssen die

² Immanuel Kant, »Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf«, in: Ders., *Zum ewigen Frieden und andere Schriften*, Frankfurt a. M. 2008, S. 152-204, hier S. 178f.

Beteiligten gemeinsamen Regeln folgen.³ Alle gehorchen gleichermaßen dem Kommando »mehr Geld«, und sind bestrebt, fürs Erreichen dieses Ziels optimale Bedingungen zu schaffen. Dass die Regulierungen ständig unterlaufen werden und sich der Realität anpassen müssen, widerspricht nicht grundsätzlich der Möglichkeit einer Lösung. Das Regelwerk muss nur beweglich bleiben. Es verschafft mal dem einen, mal dem anderen mehr Vorteile, steckt aber immer für alle das gleiche Spielfeld ab.

HERRSCHAFTSMODELL

Man hört aus den herrschenden Kreisen selten, wie sie sich ihre weitere Herrschaft vorstellen. Als die letzte große Krise gerade am Horizont heraufzog, veröffentlichte Chris Dialynas, seinerzeit Direktor von PIMCO, einer der weltgrößten Vermögensverwaltungen, ein Papier zur künftigen Weltordnung.⁴ Die Eckpunkte sind rasch aufgezählt.

Die USA sind gegenüber China nicht konkurrenzfähig, vor allem der hohen Arbeitskosten wegen. Also müssen die Löhne in den Vereinigten Staaten sinken und folglich auch der Lebensstandard, ungefähr um 40%. Erst dann können sie im globalen Wettbewerb wieder mithalten. Ohne eine große Krise lassen sich derartige »Reformen« nicht erzwingen.⁵ Die Krise bringt Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste und füllt die Gefängnisse mit Leuten, die ihre Schulden und Steuern nicht zahlen können oder wollen. Eine solche soziale Notlage lässt sich nur von einem autoritären Regime kontrollieren. Um innere Aufrüstung, Polizeistaat und

³ Vgl. Ralph G. Hawtrey, *Good and bad trade. An inquiry into the causes of trade fluctuations*, New York 1970, Kap. 7.

⁴ Chris Dialynas, *Trouble ahead – trouble behind. Restructuring the Global Economy – A New Marshall Plan*, Newport Beach CA 2004.

⁵ Zum Gebrauch der Krisen für diese Politik vgl. Philip Mirowski, *Never let a serious crisis go to waste*, London 2014, S. 350.

Totalüberwachung führt daher kein Weg herum. Dass die entsprechenden Kontrollmaßnahmen längst in die Wege geleitet waren, wurde erst Jahre später dank Edward Snowden allgemein bekannt.

Was die Banken betrifft, hatte Dialynas offenbar die Möglichkeiten der Zentralbanken unterschätzt und die Krise tatsächlich so imaginiert, wie sie sich ohne deren Eingreifen entfaltet hätte. Die Maßnahmen der Federal Reserve (FED) haben die Krise merklich gedämpft, allerdings vor allem für einen kleinen Teil der Betroffenen, nämlich die Vermögenden. Es spricht nichts gegen die Annahme, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkungen den Rest der Bevölkerung mittelfristig in vollem Umfang treffen werden. Wir bewegen uns nach wie vor auf das von Dialynas skizzierte Szenario zu.

ARBEITSZWANG

Wer nicht arbeitet, ist selbst schuld, so der Konsens neoliberaler Theorien. Der Arbeitsmarkt funktioniere wie ein Markt für Äpfel. Wenn einer seine Äpfel nicht verkaufen kann, muss er sie eben billiger machen, bis er sie loswird. Zur Not geschenkt. Das gleiche soll auch für Arbeit gelten. Wer keine findet, preist sich gefälligst in den Arbeitsmarkt zurück. Um der Bereitschaft zur Selbstentwertung ein wenig nachzuhelfen, wurden staatliche Sozialsysteme in den letzten Jahrzehnten zu Anstalten für institutionalisierten Arbeitszwang umgebaut. Was einmal dazu gedacht war, Leuten, die von der Arbeitswelt abgewiesen werden, eine menschenwürdige Existenz zu sichern, gleicht nun organisierter Nötigung. Von Würde jedenfalls redet dort keiner mehr. Der einzelne Mensch gilt als verwertbares Material und wird als solches vermittelt. Seine Existenzform erlaubt keine eigenen Bedürfnisse mehr. Stattdessen trifft man auf die Eskalationsmaschinerie des »Förderns und Forderns«, zu Deutsch: der Belästigung und des Zwangs. Als erstes sieht sich der »Kunde« einer Reihe sogenannter »Maßnahmen« ausgesetzt, meist sinnlose Kurse, die in

der Regel von Unausgebildeten gegeben werden. Rund um die Arbeitslosenämter hat sich eine Maßnahmenindustrie herausgebildet, deren eigentlicher Zweck darin besteht, ihre Opfer mit überflüssigem Unfug zu quälen.

Ziel ist es, die »Kunden« in einen Lebensentwurf zu zwingen, bei dem sie jede unterbezahlte Drecksarbeit – auf Hartzdeutsch: »Chance« – wahrnehmen müssen. Leiharbeitsfirmen haben das Recht, die ihnen überlassenen Arbeitskräfte zu nahezu jeder beliebigen Beschäftigung zu nötigen. Den Unternehmen ist das nicht unwillkommen, können sie doch einen Teil ihrer alten, teuren Belegschaft rauswerfen und danach wieder zu einem Bruchteil des vorherigen Lohns einstellen. Selbstbestimmung über das, was einer tun will, hat sich damit erledigt. Wer bei der Arbeit nicht spürt, wird ersetzt. Wer sich verweigert, der wird sanktioniert.

Im Ganzen hat man es mit einem Apparat der Entwürdigung, Bedrohung und Verrohung zu tun. Die düstere Stimmung des Arbeitszwangs strahlt auf die ganze Gesellschaft aus, vor allem die Mittelschicht, der vor dem Abstieg schaudert.⁶ Fernsehshows berichten aus dem entwürdigten Leben und führen mit voyeuristischem Gruseln soziale Abgründe vor.⁷ Doch die Gängelei braucht viel Personal. Nur wenn die Arbeitslosenzahlen niedrig sind, kann sich der »Betreuer« intensiv um seine »Kunden« kümmern. Das System skaliert schlecht. Sobald zu viele Arbeitslose zu versorgen sind, stockt der Apparat. Das alte Argument, die Arbeitslosen würden, wenn schon nicht zur Arbeit, dann wenigstens als Konsumenten taugen, zieht nicht mehr. Denn wenn die Dinge nur billig genug werden, wird sie schon jemand kaufen, irgendwo, weltweit – so die Doktrin. Auf den Konsumenten vor Ort wartet keiner mehr.

⁶ Vgl. Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth, Tine Haubner, Kai Marquardsen, Karen Schierhorn, *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*, Frankfurt a. M., New York 2013.

⁷ Vgl. Markus Metz und Georg Seeßlen, *Blödmaschinen. Die Fabrikation der Stupidität*, Berlin 2011.

Für die Entlohnung der Arbeit zahlt der mobile Faktor Kapital in global ausgelagerten Produktionsstätten ohnehin so gut wie nichts mehr. Deutschland hat mit Minijobs plus Hartz-IV Aufstockung gekontert, um die Lohnkosten so nah wie nur möglich an das globale Elend zu bringen. Andere Länder haben ähnliche Verfahren eingeführt oder werden dazu gedrängt. Wo man noch nicht so weit ist, werden Politiker und Unternehmer nicht müde, sogenannte »Reformen« zu fordern, im Klartext: die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Löhnen. Den Lebensstandard zu vermiesen, gehört zum Programm, sonst könnte ja noch einer auf die Idee kommen, dass Arbeit sich nicht lohnte. Ziel ist es, Staaten dazu zu nötigen, Hungerlöhne mit den Resten der Sozialhilfe zu subventionieren, um sie noch unter die zum Überleben nötigen Beträge zu drücken. Aus Sozialleistungen für Bürger sind Subventionen und Investoren und Unternehmer geworden.

Die Fluchtwege aus der Zwangsarbeit hat man vorsorglich versperrt. Das Auswandern in die Subsistenz, das viele Aussteiger während der 1970er Jahre gewählt haben, geht kaum noch. Subventionierte und verbürokratisierte Agrarmärkte machen unabhängige Landwirtschaft uneinträglich. Niemand geht mehr in den Wald oder in die Wildnis, nach Portugal oder in die Pyrenäen, um sich eine Holzhütte zu bauen und von seinem Garten leben. Da Rückzugsmöglichkeiten dieser Art zunehmend versperrt sind, kann das System seine ganze Grausamkeit umso besser entfalten. Dazu gehören auch das Heraufsetzen der Grundkosten, wie etwa der Krankenkassenbeiträge, oder Kopfsteuern wie die Rundfunkgebühr, die ein Leben ohne Geld erschweren.

Wir haben es beim Arbeitszwang nicht mit einer Randercheinung des sogenannten Arbeitsmarktes zu tun, sondern mit einem tragenden Pfeiler. Es herrscht das Kommando: Arbeite! Auch dann, wenn es keine Jobs gibt. Zu diesem Paradox der Arbeit tritt noch ein anderes, das der Waren. Zwar produziert die Welt nahezu alles im Überfluss, aber es muss uns trotzdem vor-enthalten werden. Denn den Preisen und den Profiten zuliebe muss die Wirtschaft Knappheit simulieren.

Im Umfeld mittlerer Gehaltshöhen, soweit noch vorhanden, äußert sich der widersprüchliche Imperativ der Arbeit in Tätigkeiten, die zugleich kommod und stagnativ sind. Die Bezahlung stimmt, die Arbeit ist auszuhalten, aber es gibt nicht wirklich etwas zu tun.⁸ Auch wenn Firmen versuchen, diese Formen der Arbeitsvermeidung zu unterbinden, machen sie sich doch in hierarchischen Organisationen besonders gerne breit, und zwar gerade dann, wenn der Druck erhöht wird und immer mehr Kontrolle eine immer genauere Dokumentation der Leistung fordert. Je geringer der Lohn, desto lästiger die Aufgaben, die Drängelei, die Drohungen und Existenzängste.

Dagegen sollen denen, die schon ganz am Boden liegen und nichts mehr haben, auch nichts mehr zu verlieren, weitere Drohungen Beine machen. Eine Eskalation ist jederzeit möglich, auch noch über die Kürzung aller Zuschüsse hinaus. Als Ausweg bleibt der sogenannte »informelle Sektor«. Flaschensammeln, Betteln, Straßenmusik, randständige Schwarzarbeit aller Art und ein wenig Kleinkriminalität helfen über die Runden.

Das Rechtssystem vieler Staaten wird auf diesen Rand der Arbeitswelt abgestellt, um die Menschen zurück in einen Markt zu treiben, selbst wenn sie dort kein Auskommen finden. Während hierzulande nur eine Entwürdigungsanstalt droht, wird in den USA eine Spur härter durchgegriffen. Derzeit erhalten erstaunliche 45 Millionen Menschen *food stamps*, das entspricht 15% der Bevölkerung.⁹ Als weitere Eskalationsstufe sind Gefängnisse fester Teil des Systems. Sie bilden eine eigene Industrie. Wer dort landet, findet sich, seiner elementaren Rechte beraubt, in einer Lage wieder, die am ehesten mit der Sklaverei zu vergleichen ist.¹⁰

⁸ David Graeber »On the Phenomenon of Bullshit Jobs«, *Strike! Magazine*, Sommer 2013, S.10-11.

⁹ www.fns.usda.gov/pd/supplemental-nutrition-assistance-program-snap

¹⁰ Und rechtlich noch immer in deren Nähe angesiedelt: 1865 wurden im 13. Verfassungszusatz bei der Aufhebung der Sklaverei die Gefängnisse von sklavenähnlicher Zwangsarbeit ausgenommen.

Die Freiheitsberaubung der einen passt bestens zur Rhetorik der Freiheit auf der anderen Seite.¹¹ Denn beides gehört zusammen, die Freiheit des Stärkeren, des Reicherer, und die Zwangsmaßnahmen gegen all die, die das System ausspuckt. Kein Land, nicht nur der westlichen Hemisphäre, sondern der ganzen Welt, hält einen größeren Anteil seiner Bevölkerung in Haft als die USA. Mittlerweile befinden sich 2,2 Millionen Menschen wegen größtenteils kleiner Delikte im Gefängnis, wobei Schwarze viel häufiger betroffen sind als Weiße.

UNREGIERBARKEIT

So, wie Politik heute aussieht, wird sie uns kaum helfen, einer Spirale der Abwertung zu entgehen. Mit der Weber'schen Rolle eines Stellenjägers¹² geben sich Berufspolitiker nicht mehr zufrieden. Von ihren mager besoldeten öffentlichen Stellen schielen sie schon von Anfang an auf eine besser bezahlte Karriere und dienen sich der Wirtschaft an, sowie ihnen ein wenig Macht gegeben wird.¹³ Die Strippenzieher-Sozialisation der großen

¹¹ Bernard E. Harcourt, *The Illusion of Free Markets*, Cambridge MA 2011, S. 221.

¹² Max Weber, *Politik als Beruf*, Stuttgart 1992, S. 20.

¹³ James M. Buchanan Jr, *Prize Lecture: The Constitution of Economic Policy*, (1986) nobelprize.org, verweist auf Wicksells Dissertation von 1896: »Economists should cease proffering policy advice as if they were employed by a benevolent despot, and they should look to the structure within which political decisions are made.« Stattdessen gelte auch in der Politik: »methodological individualism, homo economicus, and politics-as-exchange«. Die einzigen verlässlichen Motive in diesem Rahmen sind egoistische: »net wealth, income, social position«. In Buchanans Welt ist das so in Ordnung: »This assumption does not place economic interest in a dominating position and it surely does not imply imputing evil or malicious motives to political actors; in this respect the theory remains on all fours with the motivational structure of the standard economic theory of market behavior.«

Parteien sorgt dafür, dass nur die erbärmlichsten Karrieristen durchhalten, die dann, kaum im Amt, keine Sekunde zögern, ihren Wählern in den Rücken zu fallen.

Allerdings ist das Regieren unter den gegenwärtigen Bedingungen eine undankbare Aufgabe. Unsere Staaten sind unregierbar, und zwar, weil sie noch Staaten sind, also an Grenzen gebunden, und daher Staatspolitik im immobilien Bereich stattfindet. Damit hat sie gegenüber den mobilen Finanzfaktoren immer schon das Nachsehen. Ihr Entscheidungsspielraum verengt sich auf lokale Fragen, die grundsätzlich dem Standortwettbewerb unterliegen, wie Schulen, Infrastruktur, Polizei, Kultur. Die Kosten müssen niedrig sein, die Effizienz im Sinn der Standortfaktoren und des Wettbewerbs hoch. Universitäten werden zu Profitcentern, Verkehrsbetriebe zu Investmentgelegenheiten. Vergesst Versorgung. Alles privatisieren, was geht.

Dem politischen Betrieb bleiben unter diesen Umständen genau zwei Aufgaben. Einmal sollen Angebote entwickelt werden, die Investoren anlocken. Indem man etwa durch Gesetzgebung aus einem freien öffentlichen Service ein knappes Gut macht, und damit eine Investitionsgelegenheit. Für den Markt und die Investoren muss das bestmögliche Umfeld gesichert werden.

Zum anderen stellt sich der Politik im Alltag die Aufgabe, bereits getroffene Entscheidungen den Bürgern noch einmal als eigene Wahl zu verkaufen. Die repräsentative Demokratie hat ihre Verfahren zu diesem Zweck optimiert. Im Wahlkampf reduzieren sich Sachfragen auf Personalfragen. Gesichter zählen, nicht Entscheidungen. Von den im engeren Sinn politischen Fragen werden am liebsten die zur Diskussion gestellt, die noch offen, also unerheblich sind. Grundsatzprobleme oder Fragen, die über die Köpfe der Bürger hinweg längst entschieden sind, werden gerne gänzlich geheim gehalten und bleiben unterm Radar, es sei denn, es bilden sich Protestbewegungen, die die Sache öffentlich machen. Ansonsten wird verschleiert, bis zu

welchem Grad die Gesetzgebung von Lobbyisten und Interessensvertretern unterwandert ist.¹⁴

Von außen durch Sachzwänge und Einflussnahme gemäßregelt und von Innen durch Überregulierung blockiert, streben die Staaten auf einen Zustand der Unregierbarkeit zu. Strukturen sind verknöchert, Prozesse stecken fest. Entscheidungen werden kaum mehr getroffen und lassen sich schlecht durchsetzen. Reformen reformieren nicht, sondern drehen an Stellschrauben, um die Umstände zu verschlechtern.

Das größte, aber keineswegs einzige Monument der Unregierbarkeit in Deutschland ist der Berliner Flughafen. In der Planung schon zwischen verschiedenen Interessengruppen zerrieben, verheddern sich Entscheidungsprozesse in einem über Jahrzehnte gewachsenen Dickicht der Vorschriften und überexakter Regulierung. Am Ende kommt noch hinzu, dass der viel gelobte Wettbewerb um Aufträge und die ganz gewöhnliche Korruption dem Bau den Rest gegeben haben. Im ganzen Bauprozess gibt es niemanden, der den Überblick bewahrt, ja nicht einmal eine Stelle, die das Desaster rechtzeitig melden wollte. Gebaut wird doch, aber mehr um eine Tätigkeit vorzuschützen, als um des Bauwerks willen. Das Ergebnis eine Ruine.

Diesem Zustand nähern sich nicht nur Bauten, sondern der gesamte Staat an. Gesetzgebung liegt in den Händen von Experten und Lobbygruppen. Das Steuerrecht ist undurchschaubar, aber stets im richtigen Detail lückenhaft. Das Gewirr an Vorgaben und Regeln und Ausnahmen von Regeln wird so undurchdringlich, dass es eines eigenen Berufsstandes bedarf, um auf genügend hohem Niveau daran zu scheitern. Damit einher geht ein Aufblähen von Verwaltungen, denen ein möglichst komplexer Wust nur gelegen kommen kann.

Auf internationaler Ebene sieht es wenig besser aus. Die Großaktion zur Rettung der Welt vor dem Klimawandel gerät in

¹⁴ Wie in jüngster Zeit bei sämtlichen großen sogenannten Verträgen: ACTA, SOPA, TTIP, ...

die Mühlen einer reisenden Konferenz tausender Sachverständiger, Berater und Entscheidungsträger, deren Beschlussversuche kläglich scheitern, weil von Lobbyisten der Ölindustrie unterlaufen, die noch immer prächtig daran verdient, die kommende Katastrophe erst herbei zu führen. Unser gegenwärtiges Herrschaftsmodell sieht ökonomisch unprofitable Entscheidungen zum Wohl der Menschheit nicht vor.

DATENREGIME

Mitten im alten Reich des Unregierbaren bauen die Geheimdienste an einer neuen Datenherrschaft nach Regeln, die mit denen eines demokratischen Staates nichts zu tun haben. Die kommende algorithmische Regierung richtet sich nicht danach, was politisch gewollt, sondern was technisch machbar ist. Vorerst geht es um das reine Instrumentarium der Herrschaft, noch fehlt der politische Wille. Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts und Ausgangspunkt jeder kommenden Macht. Dass staatliche Behörden wie auch einzelne Firmen nichts unversucht lassen würden, um so viele Daten wie möglich unter ihre Kontrolle zu bringen, ist schon länger klar.¹⁵ Zwar befeuern soziale Netzwerke hin und wieder die Neigung zu politischen Aktivismus, aber mehr noch werden sie zu neuen Regierungstechniken.¹⁶ Wenn es sich erst mit Daten herrschen lässt,¹⁷ werden wir sehen, welche politischen Maßnahmen sich zur Aufstandsbekämpfung

¹⁵ Friedrich Kittler, »Jeder kennt den CIA, was aber ist NSA«, in: *taz*, 11. Oktober 1986, über James Banford, *NSA. Amerikas geheimster Nachrichtendienst*, Zürich, Wiesbaden 1986.

¹⁶ Comité invisible, *A nos amis*, Paris 2014, S. 104f.

¹⁷ Andy Doyle, Graham Katz, Kristen Summers, et al., »Forecasting significant societal events using the EMBERS streaming predictive analytics system«, www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4276118/pdf/big.2014.0046.pdf

anbieten. Einstweilen leben wir in der Zeit des Datensammelns und der Vorbereitung einer kommenden Datendiktatur.

Die Disziplinargesellschaft wurde von der Kontrollgesellschaft abgelöst, und von dort aus geht es weiter zur allgemeinen Überwachung, aber ohne Gesellschaft. Denn die Dichte der Datenerhebung erlaubt es, die großen Gruppen zu sezieren und jeden einzelnen zu verfolgen. Unter den Verfahren des *agent-based-modeling* löst sich das große Ganze der Gesellschaft in einzelne Datenspuren, Ereignisse und Nutzerprofile auf. Überwachung zielt weder auf Normierung und Bestrafung, noch auf die Steuerung in großen kybernetischen Regelkreisen. Kontrolle wäre kontraproduktiv, denn erst unter der Illusion gefühlter Freiheit teilen Nutzer alle jene Ereignisse und Entscheidungen mit, die den Algorithmen den nötigen Einblick geben. Jede Abweichung, jede unerwartete Äußerung, jede überraschende Verbindung trägt dazu bei, unser Profil zu schärfen.

Damit kehrt sich das vorgeblich freiheitsstiftende Potenzial des Netzes in sein Gegenteil um. Jede Datenspur kann gegen uns verwendet werden. Per Default sind wir alle erst einmal potenzielle Feinde der neuen Ordnung. Schon allein deshalb, weil unsere Daten mitgelesen werden können, tragen wir ein Risikopotenzial in uns. Kurz gesagt: wir werden nicht überwacht, weil wir verdächtig sind, sondern wir sind verdächtig, weil wir überwacht werden.

Das Rechtssystem passt sich dem Zustand an und wird nach und nach um die nötige innere Vorwärtsverteidigung erweitert. Das umfasst neben der Abschaffung der Privatsphäre im Datenbereich eine ganze Reihe von informellen Strafen. Ohne Gerichtsverhandlung und ohne Angabe von Gründen können Flug- oder Fahrverbote verhängt werden, dazu kommen Kredit-sperren und Kommunikationsverbote bis hin zu orchestriertem Mobbing in Sozialen Medien oder dem Entzug von Arbeit.

Das Geheime bildet die Grundlage der Macht im Datenregime. Die alte Regel, dass öffentliche Institutionen ihr Wissen öffentlich bekannt machen sollten, Privatpersonen es dagegen

für sich behalten können, hat sich umgekehrt. Das Datenregime hütet seine Informationen, und der User erscheint transparent.

Man kann Geheimdienste nicht mehr einfach den Staaten zuschlagen, auch wenn sie formell noch als staatliche Institutionen gelten und von Steuergeldern finanziert werden. Eher haben wir es hier mit einer künftigen und bereits aktiven Regierungsform zu tun, die vorerst noch unter dem Mantel der alten Ordnung operiert. An das geltende Recht fühlen sie sich nicht mehr gebunden. In transnationaler Kooperation wurde längst eine Infrastruktur überstaatlicher Kontrollinstanzen geschaffen. Mit ihrer globalen Vernetzung spielen die Dienste auf dem gleichen Niveau wie die Akteure der Finanzwelt.

FALSCHER MOBILISIERUNG

Wenn sich die Lebensumstände verschlechtern, suchen die Leute Ursachen und Auswege. Die große Mehrheit der Gelackmeierten unternimmt nichts. Sie lebt zwischen Passivität und Erschöpfung. Das fortgesetzte System der Nötigung führt zu einer fatalistischen Haltung, zur Zunahme von Depression und zur Selbstaufgabe in der Arbeitswelt, oder zum Rückzug in die Unterhaltungswelten der Blödmaschinen. Mobilisiert wird hier wenig, vom Willen zum fortgesetzten Konsum einmal abgesehen.

Wer dagegen Ursachen für die Misere sucht, findet sie gerne dort, wo übermächtige äußere Faktoren in die Lebenswelt eingreifen. Die Schuldigen sind rasch gefunden, nämlich die nächsten Boten dieses Außerhalb, die Fremden. Damit steht das Eigene gegen die Anderen, die Heimeligkeit der eigenen Identität gegen das unheimliche Draußen, die Immobilität der Heimat gegen die mobilen Flüchtlinge. Das große offizielle Identifikationsangebot war einmal der Staat, mitsamt der Gründungsidee des Nationalen. Nach dem Großdesaster des Nationalen in zwei Weltkriegen

und Kolonialismus haben globale Handelsströme und die Umdefinition in Territorien optimaler Verwertbarkeit den Staaten das Nationale fast restlos ausgetrieben.

Damit tritt die Nation als Identitätsmodell in Gegnerschaft zum Staat als Standortfaktor. In all den zur Ausbeutung freigegebenen Randgebieten feiert das Nationale recht ungehindert seine Wiederauferstehung. Diesmal freilich nicht im romantischen Glauben an die Einheit eines (Staats-)Volkes, sondern im einigenden Hass auf das Fremde. Der gemeinsame Gegner stiftet den Zusammenhalt.

Von wirtschaftlicher Seite gibt es durchaus politisches Interesse, Gruppen am rechten Rand zu fördern, bilden sie doch in ihrer politischen Ahnungslosigkeit willkommene Adressaten für allein dem Eigennutz dienende ökonomische Rezepte, wie selbstzerstörerisch sie auf lange Sicht auch sein mögen. Notlagen welcher Art auch immer werden mit Gewalt gegen Andere kompensiert, gleich ob anderer Herkunft, anderer Religion oder anderen Geschlechts. Den Teufeln an der Macht kann diese Verschiebung der Konflikte nur entgegen kommen. Sie stellt die Gesellschaft vor die Entscheidung zwischen zwei schlechten Extremen. Dass die Rechten notorisch zu halbverstandenen Problemen die falschen Lösungen finden, tut dem Zulauf keinen Abbruch.

Wo Staaten ohnehin als koloniale Erfindung installiert wurden, bieten sich Identitätsformen jenseits des Nationalen an, die Religion und Gewalt verbinden und zugleich in den Medien des digitalen Kapitalismus zu Hause sind. »Der konzernartig operierende Dschihadismus ›sammelt‹ als Erbe des gescheiterten arabischen Nationalismus – der ein wirtschaftliches Modernisierungsprogramm verfolgte – die ›überflüssigen‹ und desorientierten jungen Männer auf.«¹⁸ Wie die Rechtsradikalen hierzulande, werden auch die Terrorgruppen von »befreundeten« Behörden und Staaten wohlwollend ›begleitet‹, um nicht zu sagen geför-

¹⁸ Tomasz Konicz, »Der Terrorkonzern«, *Telepolis*, 15. 07. 2014, www.heise.de/tp/artikel/42/42252/1.html

dert. Beide Seiten, Staaten wie Schurken, nutzen den Konflikt, um sich wechselseitig zu stärken.

GEWALT

Wenn die Staaten geschwächt sind, lässt organisierte Gewalt die letzten Reste von Recht hinter sich. Wohlgeordnete Kriege werden damit seltener. Stattdessen breiten sich Zonen der Grausamkeit aus, die sich ohne wirkliche Grenzen zwar noch über Räume und Zeiten erstrecken, aber weder Fronten noch Staaten bilden. Der Vorrang des Ökonomischen bringt es mit sich, dass Gewalt genau dann ausbricht, wenn sie sich lohnt, das heißt wenn in einer Zone mit Gewalt größere Gewinne als ohne zu erzielen sind.

In ansonsten unprofitablen Gegenden erzeugt Gewalt eine willkommene Nachfrage nach Waffen und lockt die Geier an, die Ruinen kaufen oder Rohstoffe suchen. Deshalb fallen Kriegsgebiete gerne mit ansonsten wirtschaftlich schwachen, aber rohstoffreichen Zonen zusammen.¹⁹ Zudem bieten bewaffnete Konflikte den Rüstungsexporteurern willkommene Gelegenheiten, neue Waffensysteme am Weltmarkt vorzuführen, was jede militärische Intervention ein Stück weit zu einer theatralischen Aktion macht.

Unter solchen Bedingungen aber ändert sich das Gesicht des Krieges. Wir haben es nicht mehr einem Aufeinandertreffen militärischer Kräfte zu tun, die eine Entscheidung suchen. Stattdessen treten wir in eine Lage ein, in der die Gewalt selbst zum gewünschten Zustand wird. Diese Lage bleibt bestehen, solange die fortgesetzte Zerstörung sich auszahlt, und wohl auch ein wenig darüber hinaus, denn es dauert, bis einmal ausgebrochene Gewalttätigkeiten eingedämmt sind. Von Ferne erinnert das an die Zeit des 30jährigen Krieges, als die Armeen sich auf Kosten

¹⁹ Friedrich Kittler, »Von Staaten und ihren Terroristen«, in: Étienne Balibar, Friedrich Kittler, Martin van Creveld, *Vom Krieg zum Terrorismus?*, Berlin Mosse Lectures 2002/2003, S.33-50, hier S.48.

der Bevölkerung ernährten und der Frieden sich erst herbeiführen ließ, als das ganze Land ausgeblutet war. Aber diese Ähnlichkeit täuscht, denn die ökonomischen Koordinaten haben sich gewandelt. Heute realisieren die Kriegsparteien ihre Gewinne auf den Weltmärkten und nicht mehr durch Raubzüge unter der ortsansässigen Bevölkerung. Das kann zu paradoxen Situationen führen, in der Krieg herrscht, aber das Leben weitergeht.²⁰ Zerstörungen sind punktuell, bis sie sich überall zeigen, Nachbarn werden von Drohnen weggeschossen, Städte bleiben bewohnt und zerfallen dennoch zu Ruinen.

Wo genau in diesen Risikozonen die Gewalt ausbricht, lässt sich kaum vorhersagen. Denn die Front verläuft auf dem Körnungsniveau der Zielerfassung, also quer durch Familien, durch Häuser und durch Ereignisse. Beherrschung von Territorien zählt nicht viel, wohl aber die Zerstörung von Netzwerken. Diese Netzwerke bestehen aus Waffenlagern, Straßen, Autos, Mobiltelefonen und einzelnen Personen. Damit durchmischen sich Krieg und Frieden. Der eine lebt schon im Krieg, während sein Nachbar noch gar nicht davon weiß, dass er ausgebrochen ist.

Der Zustand des Friedens gerät unter diesen Umständen zu einem bloßen Sonderfall des Krieges, nämlich der vorübergehenden und fragilen Abwesenheit von allgemeiner Gewalt.²¹

Um Gewalt rechtfertigen zu können, braucht man Feinde. Diese müssen ausgewählt, bekannt gemacht und verfeindet werden. Die Kriege des 20. Jahrhunderts haben auf zwei verschiedene Feindkonstruktionen zurückgegriffen, einmal den Nationalismus der Staaten, der den Feind jenseits der Grenze findet, und den Rassismus, der dem äußeren einen inneren Gegner hinzufügt. Heute ist die Identität der Staaten zum Glück so geschwächt, dass sie kaum noch zum Herstellen eines äußeren

²⁰ Vgl. die Dokumentationen »The Pixelated Revolution« von Rabih Mroué (2012) zum syrischen und »Raw footage« von Aernout Mik (2006) zum bosnischen Konflikt.

²¹ Vgl. Oliver Marchart, *Das unmögliche Objekt*, Berlin 2013, S. 31.

Feindes taugt. Wir haben es uns abgewöhnt, uns vom Franzosen, Russen, Amerikaner oder welchem Staatsangehörigen auch immer bedroht zu fühlen. Umso erfolgreicher wirken die Konstruktionen des Fremden als Feind. Er lauert hinter der anderen Religion, der anderen Hautfarbe oder Kleidung oder Haartracht, in unbekanntem Communities im Netz. Moslems und Terroristen unklarer Ausrichtung werden als bedrohlich dargestellt, aber als Feind taugen heute auch Hacker, Homosexuelle, wieder Juden oder irgendeine andere konstruierte Fremdidentität. Ein paar weitere Jahre europäischer Sparknechtschaft mit sinkenden Preisen, sinkenden Löhnen und einer Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen von über 50% könnte die Neigung zur gewalttätigen Aneignung des verlorenen Lebens auf das für Konflikte innerhalb Europas nötige Niveau steigen lassen.

Damit stellt sich den Bewohnern der friedvollen Wohlstandsregionen eine drängende Frage, wann die Lage gefährlich wird. Schon finden sich Terroristen mitten unter uns, die als Schläfer überall lauern. Dazu kommt die allgemeine Überwachung, die uns alle zu unserer eigenen Sicherheit immer schon erst einmal als verdächtig erklärt. Vorausblickende Algorithmen, so fehleranfällig sie auch immer sein mögen, werden dazu führen, dass die Entscheidung über den Ausbruch von Gewalt immer öfter von Automaten getroffen wird²², was man uns als Fortschritt, als vorausschauend und effizient und im Angesicht der Bedrohung notwendig verkaufen wird. Algorithmen und Terroristen bestärken sich im Schaffen eines Zustandes, der Gefahr und Gewalt in der permanenten Vorkalkulation des Risikos zur Regel macht.

²² Jeremy Scahill, Glenn Greenwald »The NSA's secret role in the U.S. assassination program«, *The Intercept* 10. 02. 2014, - theintercept.com/2014/02/10/the-nsas-secret-role/, und die Podiumsdiskussion vom 01. 04. 2014, bei der General Michael Hayden sagt: »We kill people based on metadata«, in: »The Johns Hopkins Foreign Affairs Symposium Presents: The Price of Privacy: Re-Evaluating the NSA«, www.youtube.com/watch?v=kV2HDM86Xgl, 17:59.

DIE AUFGABE DER STAATEN

PARADIES 2000

Nach dem 2. Weltkrieg traten Staaten und Wirtschaft mit dem großen Versprechen an, dass die Zukunft besser wird. Die Kräfte eines wohlwollenden Kapitalismus sollten die Geschichte in einen Motor des Fortschritts verwandeln. Wir alle würden an den technischen Errungenschaften teilhaben, wie die Teflonpfanne, die uns die Mondlandung bescherte. Noch den letzten Winkel des Globus würde der Überfluss der Güter erreichen. Autos für alle, neue Häuser, Schulen und Studium für die Massen. Dazu eine allgemeine Gesundheitsversorgung und funktionierende Sozialversicherungen. Nie mehr Not, lautete die Losung nach dem Krieg. Jeder könnte sein Glück erreichen oder zumindest berechtigterweise davon träumen. Das moderne Paradies wartete nicht erst in der Ewigkeit des Himmelreichs, sondern im Jahr 2000.

Diese Phantasie des allgemeinen Wohlstands entstand nicht in einer Zeit des Reichtums, sondern aus der Katastrophe. Der immensen Verschuldung zum Trotz ging sie nicht mit einem Regime immer schlechter bezahlter Arbeit und steigender Anforderungen einher. Im Gegenteil, die Arbeitsbedingungen wurden besser, die Arbeitszeiten kürzer. Es sah aus, als könnte der Kapitalismus doch funktionieren. Generation auf Generation würde in immer besseren Verhältnissen leben. Gerade dieses »über die Verhältnisse leben« brachte alle miteinander voran. Der Fortschrittsglaube erstreckte sich nicht nur auf die westliche Welt, sondern auch auf die Entwicklungsländer, wie sie bald nach der Kolonialzeit genannt wurden. Der gute Kapitalismus würde Konsum, Bildung und Wohlstand in die ganze Welt bringen.

Die Zukunft, die uns versprochen wurde, ist nicht eingetreten. Das Jahr 2000 fand nicht statt, wenn auch nicht aus den von Baudrillard genannten Gründen, den »immensen Kommunika-

tionsnetzen, in denen die Zeit schließlich in reiner Zirkulation aufgeht.«²³ Die Netze haben wir, ebenso die in Echtzeit, also Null-Zeit, zirkulierenden Daten. Was aber die Annäherung an die Utopie 2000 betrifft, hat sich der Fortschritt nicht verflüchtigt, sondern offenbar die Richtung gewechselt. Je mehr Jahrzehnte vergehen, desto ferner scheint das Ziel.

Paradiese leiden an einem Systemfehler. Oder besser gesagt, das System leidet an einem Paradiesfehler. Wer alles hat, was er will, kauft nicht mehr. Wer allzu glücklich ist, dem gehen die Wünsche aus. Nicht dass wir diesen Zustand je erreicht hätten, aber schon die Annäherung ans Paradies bringt die kapitalistische Wirtschaft um ihren Schwung. Die Wunsch- und Druckmaschine darf nicht stocken. Solange Verbraucher Produkte nicht nur für den Gebrauch, sondern aus Statusgründen erwerben, gibt es kein Problem. Denn dann bleibt das Paradies prinzipiell unerreichbar. Der Wettlauf um Geltung sichert unendlichen Absatz. Das zwingt ideale Konsumenten zu einer schizoiden Wunschproduktion, immer dem Glück hinterher, immer wieder befriedigt und doch immer unzufrieden. Bekommen sie je genug, stockt der Absatz und damit die ganze Maschine.

Zu den Sorgen ums zu große Glück kamen noch andere. Der alltägliche Rassismus. Der laufenden Kriege des Postkolonialismus. Die überkommenen Geschlechterverhältnisse. Die Herrschaft der alten Säcke, speziell in Deutschland. Das damit verbundene moralische Korsett. Allerlei unsinnige Vorschriften, die zu einem Schlaraffenland nicht wirklich passen wollten, von Haarlängen, Bekleidung, bis zu gesellschaftlichen Rollen und Ritualen.

Über all dem lag die Drohung der nuklearen Vernichtung, »mutual assured destruction«, MAD. Doch das nahe Paradies im Diesseits und die jederzeit mögliche Auslöschung passten gut zusammen. Der Konsum im Hier und Jetzt entschädigt uns dafür, dass das Jenseits verloren ist. Wenn das Nachleben nicht mehr

²³ Jean Baudrillard, *Das Jahr 2000 findet nicht statt*, Berlin 1990, S. 24.

als Erlösung verklärt werden kann, weil wir die ewigen Jagdgründe des Jenseits nur als verschmorter radioaktiver Aschebrösel erreichen, bleibt nur die Aussicht auf ein paradiesisches Diesseits.

Heute können wir uns diese Welt kaum mehr vorstellen. Overkill heißt nicht mehr, ganze Länder mehrfach mit atomaren Bombenteppichen zu verstrahlen, sondern meint höchstens noch die Fähigkeit, das gesamte Leben und alle Daten jedes Einzelnen mehrfach in Megaspeichern festzuhalten. Die dunkle Macht auf der anderen Seite des Geheimnisses schreibt unser Leben mit, ohne dass wir dafür eine Glücksphantasie zurück bekommen würden, und sei es auch nur im Jenseits.

Was lief schief in den 1960er Jahren? Schließlich hatten sie nicht übel begonnen. Mit der Mondlandung war der erste verheißungsvolle Schritt gemacht. Etwas vorher Unvorstellbares war erreicht worden. Zwar erwies sich der Mond nicht als Paradies, dafür aber der Blick zurück auf die Erde.²⁴

Dort machte sich der Wunsch nach einer anderen Welt breit. Die Jungen hatten andere Vorstellungen vom Glück als die Alten. War die Not der Nachkriegsjahre erst einmal überwunden, machten eine ganze Reihe rigider Regeln, darunter der aufgeschwatzte Konsumismus, keinen Sinn mehr. Der Vietnamkrieg gab nur den Anlass, die alte Ordnung in Frage zu stellen.

Die Probleme des Generationenkonflikts hätten sich lösen lassen. Die Revolte ließ sich bestens verkaufen. Ihre Musik wurde zum Mainstream. Ihre Klamotten zur Mode. Gegen einen Fahrplanwechsel auf dem Weg zum Paradies hätte der bestehende Kapitalismus nichts einzuwenden gehabt. Aber es kam zum Konflikt zwischen dem Wohlstand für alle und der Bereicherung für wenige.

²⁴ Diedrich Diederichsen, Anselm Franke, *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Berlin 2013.

Die Wende kündigte sich im Lauf der 1970er-Jahre an, als der Konsens zwischen Wohlfahrtsstaat und Kapital auseinander brach. Als das Wohl der Allgemeinheit sich nicht mehr zwanglos in das Wohl der Vermögenden übersetzte, musste der Staat nachhelfen, und zwar im Zweifel auch gegen die Interessen seiner Bürger. Mit vereinten Kräften von Ökonomen, Experten und viel Geld wurde das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft neu ausgerichtet.

Wie schon ein Jahrzehnt zuvor absehbar, zeigte sich ein System fester, und indirekt an Gold gekoppelter Währungen dem Wachstum der Produktion und vor allem des globalen Handels nicht gewachsen. Der Bedarf an internationalen Zahlungsmitteln, also an Dollar, wurde schlicht zu groß. Schon 1968 konnten die USA ihr Handelsdefizit nicht mehr mit Gold ausgleichen. Technisch gesehen war das Land Pleite, jedenfalls nach den Regeln der damaligen, auf dem Edelmetall basierten Währungsgemeinschaft.²⁵ 1971 schließlich zerbrach das System der in das Goldkorsett gezwungenen festen Wechselkurse. Finanzinnovationen zur Umgehung der Kapitalverkehrsregeln trieben diese Entwicklung voran.²⁶

Mit dem Wegfall der Goldbindung verschärfte sich das Inflationsproblem. Zwar konnten nun dank ungebremsster Geldschöpfung der Vietnamkrieg, die Aufrüstung, das Mondlandeprogramm und was auch immer finanziert werden. Aber die Gelder flossen schließlich in den Konsum zurück und trieben die Preise.

²⁵ Michael Hudson, *Super Imperialism. The origin and fundamentals of U.S. world dominance*, 2003, S. 263.

²⁶ Bspw. currency swaps bzw. back-to-back-loans (vgl. Perry Mehrling, *New Lombard Street*, Princeton, NJ 2011, Kap. 4, »The art of swap«) und BIS, »Recent Innovations in International Banking«, April 1986, www.bis.org/publ/ecsc01a.pdf, Kap. 2.3 »The evolution of the swap markets«.

Als zweite und fast wichtigere Folge der entfallenen Goldbindung begann die Kreditmaschine anzulaufen. Mit dem Wegfall des Goldes wurden Staatsanleihen zum wichtigsten und »sichersten« Wertspeicher. Stabil wie Geld, boten sie zudem noch Zinsen, blieben aber den Währungsrisiken der Auf- und Abwertung unterworfen, was den Handel und die Spekulation beflügelte.

Den Regierungen und Zentralbanken entglitt nach und nach die Kontrolle über die Geldmenge, da die Geldschöpfung des privaten Bankensystems auch für die öffentlichen Finanzen unentbehrlich wurde. Schließlich konnte die amerikanische Zentralbank ihrer Aufgabe, eine für Vollbeschäftigung und Preisstabilität angemessene Geldversorgung aufrecht zu erhalten, nicht mehr nachkommen.

Der Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung vollzieht sich von da an Schritt für Schritt. Den sogenannten Ölpreisschock kann man bereits als einen Raub an den Konsumenten mit anschließender Einspeisung dieser Gelder in das Finanzsystem sehen. Im Nachhinein lässt sich kein tatsächliches Datum angeben, an dem das eine System endet und das andere beginnt. Allerdings fallen im Jahr 1979 eine Reihe wichtiger Entscheidungen.²⁷ Am 6. Oktober verkündet der FED-Präsident Paul Volcker, dass sich die US-Zentralbank fortan vor allem um die Bekämpfung der Inflation kümmern werde. Kampf gegen Inflation heißt Kampf gegen steigende Konsumgüterpreise, und umschreibt damit nur dürftig, dass es eigentlich um Maßnahmen gegen höhere Löhne geht. Mit staatlicher Hilfe wird das Wachstum der Gewinne vom Anstieg der Löhne entkoppelt.

Die Maßnahmen Volckers lösen eine schwere Rezession aus. Die Arbeitslosigkeit steigt rapide an, ebenso der Leitzins. Der Markt für Staatsanleihen verwandelt sich von »einer Abstellkammer in ein Spielcasino«. ²⁸ Letztlich fällt die Inflation von 15

²⁷ Vgl. David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford 2005, S. 1.

²⁸ Michael Lewis, *Liar's Poker*, London 1989, S. 39.

auf 5 Prozent. Die Maßnahmen erreichen ihr Ziel, wenn auch mit erheblichen Kollateralschäden.

Unter der Hand wandelt sich das Verhältnis von Staaten zu Banken grundsätzlich. Die Machtfrage zwischen Demokratie und Vermögen wird neu geklärt. Indem der Staat die Geldschöpfung mehr oder weniger freigibt und die Zinsen für seine Anleihen dem Markt überlässt, verzichtet er auf zwei fundamentale Pfeiler staatlicher Souveränität in wirtschaftlichen Fragen. Es formiert sich eine neue ökonomische Macht, die weder gewählt, noch wirklich sichtbar wird.

Die Organisationen, die im Kampf gegen die Inflation – und das heißt gleichbedeutend: für den Profit – auf der Strecke bleiben, sind die Gewerkschaften. Sie werden im Interesse der volkswirtschaftlichen Steuerung zerschlagen. Hier ist bereits ein Punkt erreicht, an dem der Ausverkauf des Staates an den Kapitalmarkt keine Optionen mehr offen lässt.

Die Haltung zur Arbeit ändert sich damit von Grund auf. Seither gelten Arbeiter vor allem als Kostenfaktoren. Auf der anderen Seite stammen die Profite nicht mehr in erster Linie aus dem Konsum, sondern leiten sich zusehends aus der Geldschöpfung ab. Sah man zuvor Lohnzuwächse über die Formel Inflation plus Produktivitätszuwachs an die Wirtschaftsentwicklung gebunden, können Arbeitseinkommen seither stagnieren oder sogar sinken. Seitdem fällt die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen, während die Einkünfte aus Kapitalanlagen zunehmen.

Die Kehre von Volcker schlägt sich auch in der Wirtschaftstheorie nieder. Man erfindet als politischen Steuerungsfaktor die sogenannte NAIRU. Diese *Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment* postuliert eine Arbeitslosenrate, ab der beschleunigte Inflation verhindert wird – so als gäbe es zwischen beiden Parametern einen wissenschaftlich gesicherten Zusammenhang. Sie ist eines der offensichtlichsten Beispiele eines vollstän-

dig interessengeleiteten, weder empirisch noch theoretisch begründeten ökonomischen Theorems.²⁹

Um die Inflation einzudämmen, so die zugrunde liegende Forderung, müssen Löhne begrenzt werden. Um aber in einer Welt unbegrenzter Geldschöpfung die Löhne niedrig zu halten, braucht es eine bestimmte Anzahl von Arbeitslosen. Dass das ganze Modell im Interesse der Profite argumentiert, versteht sich von selbst und wird nicht weiter ausgeführt. Ein amerikanischer Notenbankpräsident namens Goodfriend ließ sich noch 2003 zu Klartext hinreißen: »[T]he *fundamental principle of price stability*: inflation will remain low and stable if and only if departures from profit-maximizing markups are expected to be relatively small and transitory across firms ...«³⁰ Maximaler Profit bei stabilen Preisen und stagnierenden Löhnen lautet die Losung. Inflationbekämpfung ist kein Selbstzweck, sondern dient den Gewinnen. Als Konsequenz ist Arbeitslosigkeit mitnichten ein beklagenswertes Unglück, sondern liegt im Interesse der Vermögen und ihrer Vermehrung. In der neuen Gesellschaft soll gar nicht mehr jeder gebraucht werden.³¹ Das laufende Gejammer über die Arbeitslosenzahlen dient zu nichts anderem, als der arbeitenden Bevölkerung Angst um ihre Stellen einzujagen und sie bei Lohnforderungen gefügig zu machen.

Die ideologische Ausrichtung der niederen Stände passt man der neuen Wirtschaftsordnung an. Hier wird Sparsamkeit gepredigt. Nicht nur was den Konsum angeht, sondern nachhaltig für

²⁹ Bill Mitchell, »Why we have to learn about the NAIRU (and reject it)«, 19. 11. 2013, bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=26163

³⁰ J. Alfred Broadus Jr., Marvin Goodfriend, »Sustaining Price Stability«, in: *Federal Reserve Bank of Richmond, 2003 Annual Report*, S. 7. www.richmondfed.org/-/media/richmondfedorg/publications/research/annual_report/2003/pdf/ar.pdf

³¹ Lynn Parramore, »Welcome to the European Hunger Games, Brought to You by Mainstream Economics«, 5. 1. 2015, ineteconomics.org/ideas-papers/blog/welcome-to-the-european-hunger-games-brought-to-you-by-mainstream-economics

das ganze Leben. Der 1972 erschienene Bericht des Club of Rome liefert dafür die programmatische Vorlage. Plötzlich stellt sich heraus, dass Rohstoffe endlich sind. Von nun an soll die Menschheit im Einklang mit der Natur leben, anstatt die Ressourcen einfach aufzubauchen. Aufrufe zur selbstauferlegten Askese spiegeln das ökonomische Gebot der Stunde wider. In einem Effekt kollektiver kognitiver Dissonanz passt sich das gesellschaftliche Bewusstsein der neuen Wirtschaftsordnung an. Nicht dass der Aufruf zu Nachhaltigkeit schädlich wäre, aber Konsens wird sie genau dann, wenn sie ins ökonomische Regime passt. In diesem Sinn formuliert die Ökologiebewegung der 1980er Jahre einen Zeitgeist, der ohne es wissen zu wollen ganz hegelianisch der Ordnung der Obrigkeit folgt.

Mit der Übergabe der Macht an die Märkte ist eine staatliche Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Koordinaten im engeren Sinn nicht mehr möglich. Der Umbau des Wirtschaftssystems folgt einer Ideologie, die jegliche staatliche Eingriffe ablehnt und für Krisen verantwortlich macht. Sie war über Jahrzehnte von neoliberalen Netzwerken wie der Mont Pélérin Society ausgearbeitet worden, die neben anderen von Friedrich Hayek 1947 gegründet worden war.³² Die verschiedenen Richtungen dieser Denkschule eint ein gemeinsamer Feind: Der »Sozialismus«, den sie in allem erblicken, was das »freie« Wirken der Marktkräfte behindert. Was sie Freiheit nennen, ist im Sinn der Investoren und Unternehmer vor allem die Freiheit der wirtschaftlich Mächtigeren.

DIE GROBE MÄßIGUNG

1989 scheint die neoliberale Revolution schon am Ziel. Alles hat sich zum Besten gewendet. Nicht nur politisch mit dem Zerfall

³² Philip Mirowski, Dieter Plehwe, *The Road from Mont Pelerin*, Cambridge MA 2009, bes. Dieter Plehwe, »Introduction«, S. 4.

der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges, sondern auch ökonomisch mit der »Great Moderation«³³. Dem Zentralbankpräsidenten Ben Bernanke zufolge beginnt damit eine Periode zuvor ungekannter Stabilität, in der sämtliche wirtschaftlichen Kennziffern im grünen Bereich liegen – niedrige Inflationsrate, sinkende Zinsen, steigende Aktienkurse, hohe Anleihepreise, passables Wirtschaftswachstum, wunderschöne Profite, speziell im finanziellen Sektor. Das ganze hält fast 20 krisenfreie Jahre, von der Internet-Bubble abgesehen. Als vorerst letzte klassische Investmentblase bleibt sie am Ende ein vernachlässigbares Problem der Kleinanleger. Das große Geschäft wird davon kaum berührt. Das Wirtschaftssystem steckt die Delle mit einer zuvor nicht gekannten Widerstandsfähigkeit weg.

Im Hintergrund beginnt derweil ein ganz anderes Spiel, das bis heute läuft. Die Finanzindustrie hat eine Ressource angezapft, ergiebiger als alle Ölfelder und größer als alle Kolonien und Quasi-Kolonien zusammen. Anstatt in räumliche Ausdehnung oder technischen Fortschritt expandiert das große Geld seither in eine andere Dimension. Die Quelle der neuen Reichtümer liegt in der Zukunft.³⁴ Zukunft heißt Zahlungsforderung, also Kredit. Und Kredite sind der Rohstoff, den die Banken in großindustriellem Maßstab fördern.

Finanzinstitutionen haben Verfahren entwickelt, um die Schulden Dritter in handelbare Wertpapiere zu verwandeln, und sie lassen keine Gelegenheit aus, dieses Geschäftsmodell auszudehnen. Besonders Hauskredite, aber auch Leasingverträge, Studentenkredite, Ratenkäufe und überhaupt alle Arten von

³³ Ben S. Bernanke, »The Great Moderation«, 20. 02. 2004, www.federalreserve.gov/BOARDDOCS/speechES/2004/20040220/default.htm

³⁴ Mit Hilfe von Derivaten als »Technology of the Future«, vgl. Elie Ayache, *The Blank Swan*, New York NY 2010, S. 13, und »Die Zukunft handeln. Ein Gespräch mit Elie Ayache und Philippe Henrotte«, in: Armen Avanesian, Gerald Nestler, *Making of Finance*, Berlin 2015, S. 95-128, insbes. S. 106f.

»kaufe jetzt, bezahle später« lassen sich auf diese Art zu Geld machen. Alles, was als Gegenwert, Sicherheit oder Kollateral taugt, und dazu zählen nicht nur Staatsanleihen oder Häuser, sondern auch die versicherten Kredite selbst, kann hinterlegt werden, um wieder neue Kredite aufzunehmen. Im Wachsen erzeugt die riesige Kreditpyramide ihrerseits weitere Nachfrage nach zusätzlichen Krediten. Das wiederum treibt die Preise für alle als Sicherheiten akzeptierten Güter in die Höhe. Um die dabei auflaufenden Vermögenspositionen zu finanzieren, gewähren sich Banken wechselseitig Kredite, welche wiederum als Wertpapiere enden. Im ersten Jahrzehnt nach 2000 entstehen so in den USA für jeden Dollar Bruttosozialproduktwachstum 5 bis 7 Dollar Schulden. Ein wunderschöner, sich selbst befeuernder Prozess, der sein Einkommen direkt aus der Kreditvergabe und damit der Geldschöpfung zieht.

Das neoliberale Projekt scheint so erfolgreich, dass der Nobelpreisträger Robert E. Lucas verkündet, sämtliche großen Aufgaben der der Wirtschaftswissenschaften seien gelöst.³⁵ Die Instabilität des sich immer höher türmenden Finanzgebildes wird beharrlich ignoriert. Dass der wirtschaftliche Erfolg der drei neoliberalen Jahrzehnte sich einem unhaltbaren Kreditboom schuldet, ist der orthodoxen ökonomischen Dogmatik zufolge ausgeschlossen. Die Neoklassiker halten Geld für einen Schleier und blenden die Finanzsphäre aus. Die Neoliberalen glauben, dass der Markt nie falsch liegt, schließlich kann es der »efficient market hypothesis« zufolge zu keinen spekulativen Blasen kommen. Auf Bedenken, dass die Schulden auf unhaltbare Höhen steigen, lautet die Antwort stets, auch die Werte der Sicherheiten

³⁵ Robert E. Lucas jr., »Macroeconomic priorities«, Presidential Address to the American Economic Association, *American Economic Review* 93 (1) 2003, S. 1-14: »My thesis in this lecture is that macroeconomics in this original sense has succeeded: Its central problem of depression prevention has been solved, for all practical purposes, and has in fact been solved for many decades.«

würden steigen, wie etwa die der immer höher bepreisten Häuser.

In Kreditpyramiden treten immer dann Probleme auf, wenn sich Sicherheiten als unsicher erweisen. Sprich, sobald Häuserpreise aufhören zu steigen. Dann stellt sich heraus, dass das Verfahren, Risiken abzutrennen und separat an Dritte zu verkaufen, die Lage nicht unbedingt sicherer macht, aber mit Sicherheit undurchschaubarer.

Erst nach dem Platzen der ersten Blase 2008 findet eine plausible wissenschaftliche Erklärung für die Instabilität kreditgetriebener Expansionen die ihr gebührende Anerkennung. Bereits Mitte der 1980er Jahre hat Hyman Minsky das Wirtschaftssystem als ein in sich instabiles Gebilde beschrieben.³⁶ Im Aufschwung werden immer riskantere Geschäfte gemacht, bis Kredite schließlich selbst an Schuldner vergeben werden, die aus den laufenden Einnahmen weder ihre Schulden zurückzahlen, noch auch nur die Zinsen bedienen können. Genau das geschieht in der amerikanischen Immobilienkrise. Solange die Häuserpreise steigen, funktioniert das Spiel. Nach dem Zusammenbruch des Jahres 2008 hat es nicht etwa aufgehört, sondern vervielfacht sich seither in rotierenden Kreditblasen. Die Zentralbank übernimmt seither die Aufgabe, punktuelle und stets zu erwartende Risse im brüchigen Kreditgebäude zu kitten. Die Banken, die die riskanten Geschäfte letztlich abgezeichnet und gezielt mit allerlei Lockangeboten und Boni gefördert haben, kommen ungeschoren davon. Wenn schon einzelne Großbanken als »too big to fail« gelten, trifft das umso mehr auf den Finanzmarkt als vernetztes Knäuel wechselseitiger Forderungen und Verpflichtungen zu. Seit die Finanzindustrie den Ausnahmezustand ausrufen kann, steht fest, dass in dieser neuen Welt nicht mehr der Staat der Souverän ist. Der Übergang der Macht auf die Banken schließt eine Entwicklung ab, die 1979 in die Wege geleitet wurde.

³⁶ Hyman P. Minsky, *Stabilizing an Unstable Economy*, New York 2001.

Als das Kreditgebäude schließlich kollabierte, kam es zur sogenannten Rettung des Finanzsystems. Da niemand genau wusste, welchen Wert die nun so gut wie nicht mehr gehandelten Wertpapiere, Zertifikate und Derivate noch hatten, durften Banken ihre »toxic assets«³⁷, Wertpapier-Giftmüll, bei der zuständigen Zentralbank entsorgen und bekamen als Entschädigung teils den vollen nominellen Wert erstattet, weit über Marktpreis. Wem das zum Überleben nicht reichte, der wurde noch einmal extra auf Staatskosten gerettet. In einem freien Markt ohne Staat hätten die meisten Großbanken, wenn nicht alle, Bankrott gehen müssen. Aber schon der Fall von Lehmann im Jahr 2008 hatte gezeigt, dass die Pleite eines Geldhauses schwer kalkulierbare Risiken barg. Da alle Beteiligten untereinander verschuldet waren, ließen sich die durch hunderte Seiten lange Vertragsbedingungen verschleierte »Counterparty Risks« schlicht nicht mehr nachvollziehen. Die Alternative zur Rettung hätte unkalkulierbares Chaos gelautet.

Keiner der neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler, die sonst jede staatliche Intervention verdammen, hatte viel gegen diese Rettung der Finanzsphäre auf Kosten der Steuerzahler einzuwenden. Konsequenterweise stieg dadurch die öffentliche Verschuldung der Industriestaaten beträchtlich. So wurde aus einer Häuserkrise, die eigentlich eine Banken- und Finanzkrise war, schließlich eine Staatskrise. Die Rechnung für die Kreditrisiken der Banken landete bei der Allgemeinheit. Kaum einer der Finanzgenies wurde je zur Verantwortung gezogen. An ihrem Verhalten hat sich dementsprechend wenig geändert.

³⁷ Der Begriff »toxic assets« geht laut Wikipedia auf Emails des damaligen »Countrywide Financial«-Chefs Angelo Mozilo aus dem Jahr 2006 zurück.

Um die ruinierten Staatsfinanzen wieder unter Kontrolle zu bringen, forderten neoliberale Ökonomen und Entscheidungsträger nun harte Sparmaßnahmen. Tatsächlich hat das Sparen generell das Wirtschaftswachstum geschwächt, die Investitionen verringert und die Arbeitslosigkeit erhöht. Nicht einmal das vorrangigste Ziel der Schuldenminderung wurde erreicht, da die Schuldenlast im Verhältnis zum sinkenden Sozialprodukt sogar ansteigt.

Mittlerweile steht zur Diskussion, ob die Verschärfung der Lage nicht sogar bewusst in Kauf genommen wurde, jedenfalls in Europa. Sollte es das Ziel gewesen sein, eine Zwangslage herbei zu führen, um einzelne Staaten zur Aufgabe ihrer Souveränität zu nötigen, lässt sich eine durchweg positive Bilanz ziehen. Die sogenannte Eurokrise erzwang eine »Einigung«, die auf demokratischem Weg nie zu erreichen gewesen wäre. Allerdings deutet viel darauf hin, dass dieser Prozess nicht etwa kontrolliert durchgeführt wurde, sondern improvisiert und fahrlässig im Umgang mit ökonomischen wie auch sozialen Risiken.

Eine große Frage bleibt unbeantwortet. Wenn die Maßnahmen der Austerität das Problem nicht lösen, sondern verschärfen, und wenn es genügend Hinweise dafür gibt, dass klug verteilte staatliche Hilfen für alle Beteiligten von Vorteil wären – für den Staat selbst in Form höherer Steuereinnahmen, für die Unternehmen durch die Belebung des Geschäfts und damit selbst für die Profite – dann stellt sich die Frage, warum sich Regierungen derart vehement dagegen wehren. Diese Frage stellt sich im Übrigen nicht zum ersten Mal. Es gibt gerade in Europa einschlägige Erfahrungen mit Sparpolitik. Anfang der 1930er Jahre stand Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise vor einer ähnlichen Lage. Brünnings Sparpolitik trieb das Land in die Deflation und verlängerte die Krise. Schließlich kamen die Nazis an die Macht und sorgten mit erhöhten Staatsausgaben für den Eindruck, es ginge wieder aufwärts, auch wenn es sich hauptsächlich um Rüstung für den kommenden Krieg handelte.

Heute befinden wir uns in einer vergleichbaren Lage, allerdings mit dem Unterschied, dass die Finanzindustrie die Politik weit stärker beeinflusst und Europa zwar nominell eine Gemeinschaft ist, tatsächlich aber einzelne Länder wie allen voran Deutschland aus ökonomischen Interessen und egoistischer Exportpolitik lieber die schwächeren Nachbarn ins Elend sparen, als zu Hause Lohnsteigerungen zuzulassen.

SOUVERÄNITÄT

Die Wende von 1979 kehrt das Verhältnis von Staat und Wirtschaft um. Bis dahin hatten wir es beim Staat mit einer Institution zu tun, die sich um das Wohlergehen ihrer Bürger sorgen und in diesem Sinn eine gute Regierung gewährleisten sollte. Zumindest nominell, genauso wie die Wirtschaft und die Vermögen ebenfalls nominell dem Gemeinwohl verpflichtet waren. Seit der Machtübernahme der Märkte besteht die Aufgabe der staatlichen Regierung vordringlich darin, Rahmenbedingungen für einen profitablen Wirtschaftsraum zu setzen.

Formell treffen die gewählten Regierungen zwar noch Entscheidungen, aber sie beschränken sich auf das Drehen an den bekannten Stellschrauben. Die Aufgabe der Demokratie besteht nicht mehr darin, Politik zu gestalten und Entscheidungen von strategischem Weitblick zu treffen. Stattdessen soll dem Volk nachträglich vermittelt werden, was zuvor schon alternativlos entschieden wurde.

Die sogenannte Krise der Demokratie erscheint von hier aus gesehen in einem anderen Licht. Nicht das demokratische Prinzip versagt, sondern den gewählten Volksvertretern fehlt die Macht, Entscheidungen zu treffen. Dennoch wird die Unfähigkeit zum Regieren oft genug, aber fälschlich der Demokratie angedichtet.

Der Staat existiert weiter als Rumpfinstitution, die Aufgaben zu erfüllen hat. Die wesentlichen Entscheidungen fallen anders-

wo. Ein anschauliches Beispiel geben die sogenannten Freihandelsabkommen, die nicht umsonst im Geheimen ausverhandelt wurden. Dabei geht es nicht um den freien Handel, sondern darum, globalen Großunternehmen neue Geldquellen zu erschließen. Über privat betriebene und nicht öffentliche Schiedsgerichte können sie entgangene Profite einklagen.

Dabei ist das System der Gesetzgebung auch auf staatlicher Seite schon korrumpiert genug. Lobbyisten sitzen mit an den Beratungstischen und schreiben das Recht im Sinn ihrer Geldgeber um. Bei den Gesetzen geht es nicht mehr um etwas Altmodisches wie Gerechtigkeit, sondern um die Herstellung von neuen Geschäftsfeldern, künstlichen Knappheiten und einem wohldosierten Zwang, der die Menschen in die vorgebliche Freiheit der Märkte nötigt.³⁸ Die Institutionen der Justiz werden so geformt, dass sie den Profiteuren des Wirtschaftslebens dienlich sind. Dass das ganze System sich in byzantinischer Komplexität verstrickt, vor allem das Steuerrecht, kann dabei nur im Interesse all jener sein, die sich mit Hilfe von Beratern in dem Dschungel ihren Vorteil zu verschaffen wissen.

Der staatlichen Administration bleibt noch die Aufgabe, Vorgaben eines wie auch immer organisierten Marktes umzusetzen. Dieses marktkonforme Regieren geschieht genauso unsichtbar wie das Wirken der sagenhaften unsichtbaren Hand der Wirtschaft. Es maskiert sich hinter einem Standortwettbewerb, der die räumlichen Grenzziehungen einsetzt, um Gebietskörperschaften aller Art, vom Staat bis zur Gemeinde, in eine Zwangslage zu bringen. Wer sich unbotmäßig verhält und den Investoren nicht genügend Vorteile garantiert, wird mit Entzug von Wohlstand bestraft.

Alle Bereiche jenseits ökonomischer Profitabilität werden beschnitten. Sozialer Friede, Bildung oder Gleichberechtigung gelten nur dann als positive Werte, wenn sie zu einem guten

³⁸ Bernard E. Harcourt, *The Illusion of Free Markets*, Cambridge MA 2012, S. 196.

Wirtschaftsklima beitragen. Seither dienen politische Reformen regelmäßig dem Zweck, Bedingungen für Investoren zu verbessern, Lebensumstände weiter Teile der Bevölkerung dagegen zu verschlechtern. Erhalten bleiben nur jene Restfunktionen, die das zusehends konflikträchtige Neben- oder Gegeneinander von Reichtum und Armut einhegen, Polizei, Militär und Justiz, ganz im Sinn des libertären Wunschbildes vom Minimalstaat.

GLOBUS UND NETZWERK

Staaten verschwinden nicht einfach. Eingebettet in die neue politische Ordnung bleiben sie bestehen und behalten ihre Aufgaben, solange sie sich als nützlich erweisen. Das Theater der Demokratie ist eine solche Aufgabe.

Von wo aus tatsächlich regiert wird, ist nicht zuletzt eine Frage der Kommunikation. Imperium heißt Befehl. Befehle wollen übermittelt und mit den nötigen Sanktionen bewehrt sein. Innerhalb eines globalen Kommunikationsnetzwerks bleiben den Staaten als territorial begrenzten Einheiten nur zwei Optionen. Entweder sie umfassen das gesamte Netzwerk, also den gesamten Globus, was auf das britische Empire und die Telegraphie noch zutraf. Oder sie stehen sich im Wege und überlassen es dem Netzwerk, neue Institutionen der Macht hervorzubringen.

Derzeit gibt es genau zwei Machtgebilde, die das globale Netzwerk in seinem ganzen Umfang nutzen. Das sind die Geheimdienste im Verbund miteinander und die Finanzmärkte. Staaten werden zu Anhängseln dieser beiden Gebilde. Sie erhalten in der globalen Wirtschaftsordnung einen Platz zugewiesen und müssen sich gegeneinander ausspielen lassen.

Was Europa im Kleinen umsetzt, wird in globalem Maßstab schon lange praktiziert. In den weltweiten Produktionsketten und Finanzmärkten besetzen die Länder im Wettbewerb miteinander ihre Nischen. Wir haben es mit einer Arbeitsteilung zu tun, aber nicht nur im Sinn von Ricardo in der Produktion, sondern als

einen selbstzerstörerischen Ausverkauf an Investoren. Wer sich gegen die Macht der globalen Netzwerke sperrt, wird mit Entzug von Finanzierung und Verarmung sanktioniert.

Um die Finanzzentren herum siedeln sich die Steuerparadiese an, wobei dabei auch Sonderzonen ohne volle Staatlichkeit mitspielen dürfen. Die Absatzmärkte in den sogenannten entwickelten Ländern dienen gleichzeitig als Kapitalquellen der Finanzindustrie. Hier konkurriert der FIRE-Sektor³⁹ direkt mit dem Konsum, weil er für alle Arten von Finanzdienstleistungen Einkommen abzieht. Auch dies schwächt die Nachfrage nach Konsumgütern und trägt mit dazu bei, klassische Investitionen in die Produktion zu schwächen.

Was dem Produktionsprozess das Billiglohnland, ist dem Finanzmarkt der Krisenstaat mit Übergang zu Hochrisikogebieten ohne staatliche Struktur. In diesen Zonen der Zerstörung gerät die Bevölkerung unter die Herrschaft von Räuberbanden, die die Reichtümer des Landes plündern und zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt anbieten, um sich von den Gewinnen mit modernem Kriegsgerät zu versorgen. Die Bekämpfung der Schurkenstaaten hat nicht etwa dazu geführt, dass die Schurken verschwinden, sondern die Staaten. Die wahren Schurkenstaaten sind jene Mächte⁴⁰, die mit Schock und Schrecken, mit Drohenmorden und Kollateralschäden, mit Geheimgefängnissen und Folter Schneisen der Verwüstung hinterlassen, in denen immer neue Gegner nachwachsen.

In der neuen Logik der Netzwerke zählt die Kategorie des Raumes wenig. Wir haben es nicht mehr mit geostrategischen Schachbrettern zu tun, auf denen Heere um Grenzen kämpfen. Stattdessen spielt die schiere Größe im ökonomischen Sinn eine

³⁹ Finance, Insurance and Real Estate: Banken, Versicherungen und Immobilienwirtschaft.

⁴⁰ Dazu zählt auch Deutschland, von dessen Staatsgebiet aus etwa die Drohnenmorde in Teilen der Welt koordiniert werden, vgl. Jacques Derrida, *Schurken*, Frankfurt a. M. 2003, S. 143f.

bestimmende Rolle. Je größer ein Netzwerk ist, desto attraktiver wird es für neue Mitglieder und desto besser kann es seine Dominanz entfalten.

Seit einigen Jahrzehnten erwächst der globalen Finanzinfrastruktur eine andere Art von überstaatlicher Konkurrenz. Wenn es den Geheimdiensten gelingt, den gesamten Datenverkehr zu kontrollieren, können sie sich über die Grenzen der Staaten hinaus als Machtgebilde in globalem Maßstab ausdehnen, die Recht und Gesetz hinter sich lassen. Medientechnisch gesehen hat sich damit die Frage danach geklärt, welche Macht auf die Finanzmärkte im Fall ihrer Selbstvernichtung folgen wird.⁴¹ Schon heute zeigen sich die ersten Wirkungen dieser technisch gegebenen Instanz der Macht, nicht nur in der allumfassenden Datengier der Dienste, sondern auch darin, dass die Konfliktlinien zwischen Netzwerken aufbrechen und nicht mehr entlang staatlicher Grenzen.

Die neuen Regierungen benötigen keine formale Struktur. Sie müssen nicht mehr mitteilen, woher ihre Macht kommt und was sie entscheiden. All die Kommunikation über Politik, an die wir uns in der Demokratie gewöhnt haben und die die offiziellen Medien nach wie vor verbreiten, zählt nicht mehr. Denn die wesentlichen Entscheidungen werden im Geheimen getroffen, in Hinterzimmern, Krisenzentren, von unbekanntem Gremien und vor Geheimgerichten, unterstützt vom arkanen Wissen um die großen Datensammlungen. Die Öffentlichkeit wird wieder für dumm verkauft wie früher, als Politik nichts für alle war, sondern eine Angelegenheit der Herrschenden.

⁴¹ Das wäre ein ganz anderes Ergebnis, als manche Kapitalismuskritiker in ihrer eschatologischen Sehnsucht nach der großen Krise und der Selbstvernichtung des Kapitals erhoffen. Dem Finanz-Armageddon folgt nicht eine „World without Work“ (vgl. Nick Srnicek, Alex Williams, *Investing the Future: Postcapitalism and a World without Work*, London 2015), sondern erst einmal eine vollüberwachte Zone mit prekärer Arbeit am Rand der Algorithmen.

FINANZFEUDALISMUS

VERMÖGENDE

In der globalen Finanzsphäre überschreitet der Geldverkehr die Grenzen der Nationalstaaten. Das alte Vermögen, nennen wir's mal so, hatte von sich selbst das Bild, noch im Nationalstaat verwurzelt zu sein, vielleicht sogar dem Allgemeinwohl zu dienen, auf jeden Fall aber dem eigenen Wirtschaftssystem, etwa im Wettbewerb mit dem sogenannten Kommunismus.

In den alten, patriarchalischen und nationalstaatlichen Strukturen war es durchaus noch üblich, dass ein Unternehmer persönlich die Entscheidung traf, wo zu investieren sei. Im globalisierten Umfeld wird das hinfällig. Investieren in Produktion lohnt sich nicht mehr, bleiben also Finanzprodukte. Dort übernehmen Profis die Anlagestrategie. Die Vermögenden sind mit der Vermehrung ihres Vermögens nicht mehr betraut. In ihrer Freizeit treffen sich die Großgeldbesitzer noch zum inszenierten Schaulaufen, in Davos oder anderen Luxusressorts in den Bergen. Wann immer sie ihre gemeinsamen Interessen geltend machen, geschieht das unter der Hand, in den Hinterzimmern der Politik und durch bezahlte Lobbyisten.

Um den Einfluss auf die Regierungen zu beschreiben, braucht man keine Verschwörungstheorien. Es genügt eine Anzahl verteilter Interessen, die im Fluss der Dinge jeweils so handeln, wie es ihnen günstig erscheint. Dass dabei auf das Gemeinwohl keine Rücksicht genommen wird, versteht sich von selbst.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat den Vermögen in den letzten Jahrzehnten neue Möglichkeiten verschafft. Sie werden zwischen Staaten hin und her gebucht, je nachdem, wo sie sich am günstigsten vermehren lassen. Die Gesetzgebung der Europäischen Union hat sich hier in letzter Zeit als besonders hilfreich erwiesen. Ein Gewirr nationaler Regeln führt dazu, dass große Unternehmen Steuern nach Belieben durch kreative

Anlageformen und Buchführungstricks umgehen können. Dabei handelt es sich nicht um administratives Versehen oder Versagen, sondern um die gewollte Übertragung einer global »erfolgreichen« Methode auf den kleineren europäischen Rahmen.

Für die Vermögen ergibt sich aus der Standortkonkurrenz im Umkehrschluss der Wettlauf um die größte Rendite. Die riesigen Reichtümer, mit denen wir es heute zu tun haben, liegen global verstreut, auch wenn sie erst aus begrenzten, lokalen Geschäften gewachsen sind, wie etwa den Monopolen im Netz oder im IT-Sektor, gescheiterten Privatisierungen von Staatsbetrieben oder halblegalen Industrieübernahmen. Oligarchen gibt es übrigens nicht nur im Osten und in den ehemaligen Entwicklungsländern, sondern genauso im Westen.

Unter denjenigen, die so gern für so Vieles Verantwortung fordern, trifft man niemanden, der für das Ergebnis im Ganzen gerade steht. Denn mit den großen Vermögen geht keine gemeinsame Vertretung einher, sondern im Gegenteil ein Kampf aller gegen alle. Bei aller Konkurrenz einigt nur ein schlichtes gemeinsames Interesse alle großen Vermögen, nämlich der Wunsch sich zu mehren.

Strategien, die sich als erfolgreich herausstellen, werden in dem Netzwerk von Einfluss und Macht reproduziert. Dabei verfestigen sich Prozesse und schließlich auch Institutionen, die solche Prozesse managen und Regeln setzen. Diese sogenannten *regulatory bodies*⁴² bleiben aber stets darauf bedacht, im Hintergrund zu walten und nicht zu viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, denn das könnte die Geschäfte stören. Wenn sie mit Staaten und ihren Vertretern verhandeln, ist Diskretion gefordert, wenn nicht gar Geheimhaltung.

⁴² Eine Reihe dieser Gruppen trifft sich im »Basel Committee«, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich listet einige davon auf, www.bis.org/bcbs/coop_with_sec_and_ins.htm. Siehe auch »A brief history of the Basel Committee«, www.bis.org/bcbs/history.pdf.

Rendite wird heute auf zwei Wegen gesichert: Erst erzeugt man synthetische Gewinne, dann werden Abgaben und Steuern umgangen. Der Einsatz von synthetischem Geld, auch »Hebel« oder »Leverage« genannt, führt dazu, dass auch kleine Margen ansehnliche Renditen abwerfen. Die meisten derartigen Finanzverfahren laufen darauf hinaus, künftig erwarteten Gewinn gegen Risiken zu versichern. Das bringt die Gefahr mit sich, dass im Fall einer Krise sehr schnell massive Wertverluste auflaufen. Dann bleibt nichts anderes, als betroffene Institute zu verstaatlichen, Schulden inklusive.

Für all diese Spekulationen sind Kredite der wesentliche Rohstoff. Sie werden gegen Sicherheiten gewährt. Und mit dem aufgenommenen Geld wird wiederum der Wert der hinterlegten Sicherheiten erhöht. So dass diese wiederum beliehen werden können, und wiederum neue Forderungen in die Welt setzen, die wiederum angelegt werden können. Das Überhandnehmen derartiger »Investitionen« führt immer wieder zu Klagen der mit der Verwaltung des Geldsystems beauftragten Zentralbanken. Denn mittelbar verringern Finanzinvestitionen das Wachstum der Produktivität.⁴³ Investitionen lohnen sich nur noch in Werte, die als Sicherheiten taugen. Häuser zählen dazu, Produktionsstätten nicht, Forschung schon gar nicht.

Dem entspricht eine eigentümlich verdrehte Idee von Risiko. Wenn sich jemand mit einem rein finanzwirtschaftlichen Vertrag verpflichtet, in Zukunft Zahlungen zu leisten, dann gelten diese Zahlungen juristisch als sicher, einerlei ob er später zahlen kann oder nicht. Wenn jemand dagegen etwas produziert, weiß man nicht, ob er am Markt Käufer findet, also sind die zu erwartenden

⁴³ Stephen G. Cecchetti, Enisse Kharroubi, »Why does financial sector growth crowd out real economic growth?«, *BIS Working Papers*, Nr. 490, Februar 2015, S. 3.

Zahlungen unsicher. Deshalb gelten aus dieser Sicht Investitionen in der Finanzsphäre verglichen mit Investitionen in die Realwirtschaft als relativ sicher. Das blendet natürlich aus, dass die finanziellen Forderungen letztlich auf der Realwirtschaft beruhen. Betrachtet man es von der Seite der materiellen Produktion, sind alle finanziellen Forderungen das Ergebnis tatsächlich erfolgter Produktionsvorgänge.

Heute werden die eigentlichen Geschäfte nicht mehr mit der altmodischen Wertschöpfung durch Innovation, Investition und Verkauf von Produkten gemacht. Den großen Firmen geht es um etwas anderes. Sie wollen sich Zahlungen sichern, und zwar kontinuierliche fixe Zahlungsverpflichtungen, die man nicht ohne weiteres los wird, zum Beispiel für Wasser, Strom, Kommunikation oder auch Mieten. Daher sind Infrastrukturinvestitionen neuerdings so beliebt. Das mag ein Grund sein, weshalb sowohl internationale Gremien wie die OECD⁴⁴ und die Group of Thirty⁴⁵, als auch die Europäische Kommission⁴⁶ für solche Investitionen werben. Der Bürger trägt hier freilich den Schaden davon. Anstelle des Staates finanziert ein Investor die Großprojekte, wobei der Nutzer neben höheren Refinanzierungskosten auch noch für die gewünschten Profite aufkommen muss. Die Erfahrung mit Infrastruktur in Privatbesitz zeigt, dass sich zu höheren Kosten auch gern ein schlechteres Angebot mit geringerer Qualität gesellt. Für Investoren geht das bestens in Ordnung, solange nur kontinuierliche Zahlungsverpflichtungen entstehen, die vertraglich

⁴⁴ Raffaele Della Croce, Stefano Gatti, »Financing Infrastructure«, in: *OECD Journal: Financial Market Trends*, Nr. 5, 2014, S. 123-138.

⁴⁵ G30 Working Group, *Long term finance and economic growth*, Washington DC 2013.

⁴⁶ »Investment in infrastructure project bonds are treated as corporate bonds, even when credit risk is tranching, instead of being treated as securitisations«, in: *European Commission, Solvency II Delegated Act – Frequently asked questions*, Memo vom 10. 10. 2014, europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-578_en.htm

festgeschrieben werden und sich damit unmittelbar in Vermögen verwandeln lassen.

Das Verfahren, Zahlungen in Vermögen, *flows in stocks*, zu verwandeln, ist selbst nicht neu. Es beruht auf der Formel zur Berechnung des Barwerts einer Rente, wie sie Sir William Petty schon im Jahr 1665 zur Berechnung des »Value of the People« verwendet hat.⁴⁷ Spekulation mit sogenannten »Annuitäten«, die auf dem gleichen Prinzip beruhten, waren schon im 15. Jahrhundert weit verbreitet⁴⁸. Marx zählte derart aus Zahlungen errechnete Vermögenswerte zum »fiktiven Kapital« und bezeichnete es als die »Mutter aller verrückten Formen«.⁴⁹ Heute sind die entsprechenden Finanzverfahren internationaler Standard.

Der klassische Gewinn durch Produktion ist damit nicht ganz verschwunden, denn er profitiert ebenfalls von den globalen Freiheiten des Kapitals. Er wird in einem Spiel maximiert, das drei einfache Koordinaten kennt. Man produziert in einem armen Land so billig wie möglich. In wohlhabenden Gegenden werden die Waren so teuer wie möglich verkauft. Am Ende deklariert man die Gewinne man in Steueroasen und verteilt sie auf Offshore-Kapitalanlagen.

Mit dem Wegfall der Kontrollen über den Kapitalverkehr haben die Staaten ihre Handhabe verloren, die sich dabei anhäufenden Vermögen zu besteuern. Zu zahlreich sind die Wege, auf denen die großen Gelder sich dem Zugriff entziehen können. Wenn aber doch einmal gegen Banken vorgegangen wird, dann nicht, um Vermögen tatsächlich zu besteuern, sondern eher, um sie umzuleiten. Die Gelder fließen von einem Schlupfloch zum anderen, wobei diese Löcher in einer Welt, die rechtlich in Pro-

⁴⁷ William Petty, »Verbum Sapienti« (1664), in: Ders., *The Economic Writings*, Cambridge 1899, S.99-120, bes. Kap. 2 »On the Value of the People«, S. 108-110.

⁴⁸ Edwin W. Kopf, »The Early History of the Annuity«, in: *Proceedings of the Casualty Actuarial Society*, New York 1927, Band XIII, S. 255-266.

⁴⁹ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, MEW, Berlin 1986, Kap. 29, S. 483.

vinzen unterteilt ist, Finanzen aber keine Grenzen setzt, schon prinzipiell nicht zu stopfen sind.

Firmen spielen das Spiel unter dem Namen *regulatory arbitrage*. Dabei geht es darum, die Geschäfte so aufzuteilen, dass in jedem einzelnen Staat genau das deklariert wird, was gerade noch erlaubt ist. So dass am Ende und in der Kombination ein Deal herauskommt, der als Ganzer nirgends erlaubt wäre, aber die Abgaben gegen Null senkt.

BUBBLE ROTATION PLUS

Bis vor einigen Jahren mussten die großen Gelder von einer Chance zur nächsten jagen. Waren die Preise an einer Stelle genug aufgebläht, wurde der nächste Fluchtpunkt gefunden, um die nächste Bubble aufzublasen. Die Folgen des Kapitalabzugs waren in der Regel verheerend, etwa in der Asienkrise oder auch in der Internet-Bubble. Mit der Häuserkrise des Jahres 2008 hat sich dieses Modell geändert. Denn das Platzen dieser letzten und bis dato größten Blase eröffnete einen neuen Ausweg. Die sogenannte ›Rettung‹ half genau jenen Vermögensverwaltern, die sich zu spät aus dem finanziellen Desaster verabschiedet hatten.⁵⁰ Was zuerst als einmalige Hilfsaktion gedacht war, ist mittlerweile zum Dauerzustand geworden. Zentralbanken hören mit dem Retten der Vermögen gar nicht mehr auf, und sie können auch nicht mehr aufhören. Deshalb Bubble Rotation plus. Zwar

⁵⁰ Detaillierte Untersuchungen liegen im Fall der UBS vor, so Tobias Straumann, »Die UBS-Krise aus wirtschaftshistorischer Sicht«, Zürich 2010, vuillaume.org/public_downloads/docs/Straumann_de.pdf; und: Eidgenössische Bankenkommission, »Subprime-Krise: Untersuchung der EBK zu den Ursachen der Wertberichtigungen der UBS AG«, Zürich 2008, www.finma.ch/FinmaArchiv/ebk/d/publik/medienmit/20081016/ubs-subprime-bericht-ebk-d.pdf; sowie der »Transparency report to the shareholders of UBS AG«, www.ubs.com/global/en/about_ubs/transparencyreport.html

hasten die Gelder noch von einem Markt zum nächsten, aber stets mit der Gewissheit, gerettet zu werden. In einer Geschäftsstrategie, die wesentlich auf Kalkulation von Risiken abhebt, verändert sich alles, wenn der Steuerzahler als *risktaker of last resort* einspringt.

Für herkömmliche Anlageformen hat das grundsätzliche Konsequenzen. Denn zur Vermehrung des Reichtums bedarf es heute weder des Profits noch der Renten. Das Fallen der Zinsen allein reicht schon aus, um die Preise der Vermögenswerte steigen zu lassen.⁵¹ Die Bubble rotiert im Plus-Modus nach neuen Spielregeln, wobei Vermögenswerte zu steigenden Preisen als Kollateral für neue Kredite herangezogen werden. Die neuen Kredite gehen wiederum in beleihbare Assets und treiben deren Preise.⁵² Das ist Spekulation zweiter Ordnung, nämlich die Spekulation auf die Spekulation. Algorithmen machen in diesem Spiel eine massive Ausweitung des Handels möglich, wobei das sogenannte *High Frequency Trading* zwar intellektuell faszinierend ist, am Markt aber an Bedeutung verliert, während die »Algos« sich den größeren Märkten der Staatsanleihen und den damit verbunden Zinsswaps mit ihren enormen Umsätzen zuwenden und dort Gewinne aus letztlich endogener Geldschöpfung synthetisch herstellen.⁵³

Wie lange dieses Spiel noch funktioniert, hängt von der Leistungsfähigkeit der modernen Geldverwaltung ab. Die fortlaufenden Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen zwingen zu

⁵¹ Auch dies ist altbekannt. »Ihr Wertbetrag [...] hat mit dem Fallen des Zinsfußes [...] notwendig die Tendenz zu steigen, so daß dieser imaginäre Reichtum [...] schon aus diesem Grunde im Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion expandiert.« Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, a.a.O., S. 494f.

⁵² Vgl. Ralph G. Hawtrey, *Good and bad trade. An inquiry into the causes of trade fluctuations*, London 1913, S. 82f.

⁵³ Treasury Market Practices Group, »Automated Trading in Treasury Markets«, Juni 2015, White Paper, www.newyorkfed.org/tmpg/

immer extremeren Maßnahmen. Mittlerweile sind die Zinsen für Staatsanleihen einer ganzen Reihe von Ländern negativ.⁵⁴

BANKEN

Die Banken sind die Diener der großen Vermögen. Banking beginnt damit, dass man auf Tischen und Bänken am Rand des Marktes nicht mehr nur Münzen tauscht, zählt oder verschneidet, sondern Buch führt und Zahlungen aushandelt. Der Wechsel ist das erste Bankprodukt in diesem Sinn, nämlich ein Vertrag über eine zu leistende Zahlung. Ursprünglich im 12. und 13. Jahrhundert mit dem Aufkommen des Papiers und zum Vermeiden riskanter Münztransporte gedacht, diente der Wechsel bald dazu, Zinsverbote zu umgehen und Zahlungen zu leisten.⁵⁵

Mit dem Versprechen einer Zahlung, das die Wechsel vertraglich sichern, entwickelte sich ungefähr ab dem 15. Jahrhundert eine neue Praxis. Man ging dazu über, Forderungen von einer Person zu anderen weiterzureichen, wobei der neue Empfänger auf der Rückseite notiert wurde, ein ›Indossieren‹ genannter Vorgang. Damit verwandeln sich Schulden in Zahlungsmittel, und das ist das eigentliche Spiel der modernen Banken. Die Banknote wurde von Londoner Goldschmieden erfunden, in deren Tresoren die dortigen Kaufleute ihre Barschaft zu verwahren pflegten. Sie stellten Empfangsquittungen aus, die zu einer Art von anonymen Wechsel wurden, indem sie als Zahlungsanweisung zirkulierten.

Damit eröffnete sich die Möglichkeit des sogenannten ›fractional reserve banking‹. Banknoten konnten ja nicht nur gegen Einzahlung von Hartgeld ausgegeben werden, sondern auch auf

⁵⁴ Mit dem Maximum im April 2015: Deutschland bis 7 Jahre, Schweiz bis 10-jährige Anleihen mit negativer Rendite.

⁵⁵ Hermann van der Wee, Ginette Kurgan-van Hentenryk (Hg.), *Die Bank in Europa*, Antwerpen 2000, S. 96.

Kredit. Und das wiederum führte zu einer neuen Art von Risiko, dem *bankrun*.

Da eine Bank die ihr anvertrauten Gelder nicht einfach im Keller lagert, sondern weiter investiert, kann sie unmöglich auf einen Schlag alle Guthaben auszahlen. Sie hält in der Regel gerade so viel Bargeld vor, dass sie unter normalen Umständen mit einer kleinen Reserve durch den Tag kommt. Ein Gerücht, wie unberechtigt auch immer, reicht aus, um die Bank in die Pleite zu treiben. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel der USA mit ihrer jahrzehntelangen Ära des Free Banking.⁵⁶ Die Institutionen der modernen Geldverwaltung, Bankenaufsicht, Zentralbanken und Einlagenversicherung, sind als Reaktion auf dieses Risiko zu verstehen

GELDSCHÖPFUNG

Im volkstümlichen Aberglauben über Kredit, Verschuldung und den moralischen Wert des Sparens⁵⁷ scheint kaum eine Annahme weiter verbreitet, als die, dass Geld einen Wert ist und Schulden schlecht seien. Nehmen wir aber folgende Geschichte: A verspricht B, ihm 1 Geld zu zahlen und notiert das auf einen Zettel. B reicht diesen Zettel als Zahlung an C weiter, so dass A das Geld nun C geben soll. C weiter an D. Und so weiter. Damit läuft das Zahlungsversprechen von A als Geld um, und zwar genau so lange bis A sein Versprechen erfüllt und die Zahlungsforderung begleicht. Fassen wir zusammen: Zahlungsforderungen, Kredite, Schulden oder Zahlungsverprechen Dritter werden selbst wieder zu Geld. Und dieses Geld hört dann auf zu

⁵⁶ Charles W. Calomiris and Gary Gorton, *The Origins of Banking Panics: Models, Facts, and Bank Regulation*, Chicago IL 1990.

⁵⁷ So besonders in Deutschland, vielleicht aus einem Rest an protestantischer Ethik, aber mehr noch aus nachhaltiger Unkenntnis über moderne Ökonomie, vielleicht aber aus der verkannten Doppelbedeutung des Worts Schulden (»debt« und »guilt«).

existieren, wenn die Forderung beglichen wird. Noch kürzer: Kredit ist Geld. Rückzahlung von Kredit vernichtet Geld.

Nach allen Regeln der Buchführung entspricht jedem Kredit ein Guthaben. »Whenever a bank makes a loan, it simultaneously creates a matching deposit in the borrower's bank account, thereby creating new money.«⁵⁸ Der Vergabe von Krediten auf der einen Seite entsprechen auf der anderen Seite der Bilanz Forderungen. Wenn der aufgenommene Kredit ausgegeben und zugleich die zugeordnete Forderung weitergereicht wird, tragen beide Seiten zur Schöpfung von Geld bei. Der technische Ausdruck dafür lautet »Ausweitung der Bilanz« oder *expansion of the balance sheet*.

Das buchhalterische Verfahren der Geldschöpfung ist nicht der Zentralbank vorbehalten, sondern wird genauso gut von Privatbanken, von Schattenbanken und Schuldern aller Art angewandt. Jede Finanzinstitution ist zur Geldschöpfung fähig, solange Dritte darauf vertrauen, dass sie ihre Zahlungsverprechen beglichen wird.

In seinen verschiedenen Formen und Quellen liegt Geld in einer pyramidenförmigen⁵⁹ Schichtung vor, die von der Spitze mit dem über jeden Zweifel erhabenen Geld der Zentralbanken über alle Stufen von Zahlungsverprechen bis hinunter zu obskuren Finanzprodukten reicht. Diese Pyramide hat die Eigenschaft, sich der wirtschaftlichen Lage anzupassen. Sie dehnt sich aus, wenn viel Kredit nachgefragt wird, und zieht sich in Krisenzeiten zusammen, wenn Liquidität knapp wird.

Aus der Sicht der Bank ist die Geldschöpfung ein durchaus riskantes Geschäft. Das frische Geld ist sofort weg, zurück bleibt

⁵⁸ Michael McLeay, Amar Radia, Ryland Thomas, »Money creation in the modern economy«, *Bank of England, Quarterly Bulletin*, 2014 Q1, Vol. 54, Nr. 1, S. 14.

⁵⁹ Das Bild stammt von Perry Mehrling, »Economics of Banking and Money, Part One, 2: The Natural Hierarchy of Money«, www.coursera.org/course/money, unserer Zeit der *asset bubbles* entspräche eher das Bild eines Blasebalgs.

eine Forderung, die nur durch zukünftige Einnahmen des Schuldners gedeckt ist. Der gesamtwirtschaftliche Effekt ist allerdings doppelt förderlich: Kreditfinanzierte Nachfrage stimuliert die Ökonomie und die Zahlungsverpflichtung treibt den Kreditnehmer zur Leistung an. Um die Risiken zu verringern, fordert die Bank Sicherheiten. Doch Sicherheiten können an Wert verlieren, die Investition des Kreditnehmers kann schiefgehen, aber die Risiken bleiben.

Die kritische Kennziffer der Kreditvergabe ergibt sich aus dem Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zu ihrem Eigenkapital, der sogenannten Leverage. Die Bankenaufsicht hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Verhältnis nicht völlig aus den Fugen gerät.

Die internationale Vorgabe für die Eigenkapitalquoten der Banken, nach dem Sitz der Bank für internationalen Zahlungsausgleich »Basel III« genannt, war Anfang 2013 schon über 500 Seiten lang⁶⁰. Die Bestimmungen wurden seit der letzten Krise verschärft, gefordert ist ein Eigenkapital von etwa 4,5 Prozent der risikogewichteten Investitionssumme.

Das Konzept der Leverage hört sich simpel an, wächst sich allerdings bei näherer Betrachtung zu einer recht komplexen Figur aus. Das beginnt beim Eigenkapital. Was gilt als Eigenkapital? Auch der Wert der erworbenen, verliehenen und als Sicherheit hinterlegten Werte steht keineswegs fest. Es gibt eine Reihe von Anlagen, etwa Derivate auf Anleihen einzelner Unternehmen, die praktisch nicht am Markt gehandelt werden, wohl aber vom Preis eines anderen Papiers abhängig sind. In diesem Fall wird der Wert modelliert – *mark-to-model*. Für Finanzanlagen, bei denen nicht einmal das möglich ist, gibt es Bewertungs-

⁶⁰ Yalman Onaran, »Basel Becomes Babel as Conflicting Rules Undermine Safety«, 3. 1. 2013, www.bloomberg.com/news/articles/2013-01-03/basel-becomes-babel-as-conflicting-rules-undermine-safety

modelle, die Kritiker als *mark-to-make-believe* verspotten⁶¹, als herbeisimierte Illusion von Wert. Hier wird die ansonsten so dröge Buchhalterei tatsächlich eine kreative Tätigkeit.

Das hochgehebelte System hat seine Auswirkungen auf den Rest der Wirtschaft. Ohne die extrem hohe Leverage hätte die Häuserkrise 2008 nie zu einer systemischen Bedrohung führen können. Je höher der Hebel, desto kleinere Störungen können sich als systembedrohend erweisen. Geändert hat sich, abgesehen von einigen nicht sonderlich wirksamen Regulierungsversuchen, an dieser Praxis wenig.

Dazu kommt der Sektor all jener Finanzdienstleister, die zwar nicht als Banken gelten, aber Finanzgeschäfte insbesondere der riskanteren Art anbieten. Seit 2007 läuft »the whole alphabet soup of levered up non-bank investment conduits, vehicles, and structures« unter der Bezeichnung Schattenbanken.⁶² Viele der betreffenden Finanzinnovationen – CDS, MBS, SIV – waren am Verfahren der Verbriefung, *securitization*, beteiligt, das im Zentrum der Finanzkrise 2008 stand. Trotz des Desasters wird derzeit intensiv an der Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes gearbeitet⁶³

Auf der Finanzierungsseite bietet das *shadow banking* völlig neue Möglichkeiten. »Money Market funding of Capital Market lending«⁶⁴ ist die wohl einfachste Definition dessen, was vor sich

⁶¹ Satyajit Das, »Mark-to-Make Believe – Still Toxic after all these Years!«, 21. 2. 2010, www.wilmott.com/blogs/satyajitdas/index.cfm/2010/2/21/MarktoMake-Believe--Still-Toxic-after-all-these-Years

⁶² Paul McCulley, »The Shadow Banking System and Hyman Minsky's Economic Journey«, in: *Research Foundation Publications*, Dezember 2009, Vol. 2009, No. 5, S. 257-268.

⁶³ Z. B. Miguel Segoviano, Bradley Jones, Peter Lindner, Johannes Blankenheim, »Securitization: The Road Ahead«, in: *IMF Staff Discussion Note*, Januar 2015, www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1501.pdf

⁶⁴ Perry Mehrling, Zoltan Pozsar, James Sweeney, Daniel H. Neilson, »Bagehot was a Shadow Banker«, 5. 11. 2013, econ.as.nyu.edu/docs/IO/26329/Mehrling_10012012.pdf

geht. Die Methode meint so viel wie langfristige Schulden mit kurzfristigen Krediten zu finanzieren. Der *money market* oder Geldmarkt ist der kurzfristige Teil des Finanzmarktes, *capital market* der langfristige. Langfristige Schulden werden erst einmal gegen Währungs-, Zins- und Zahlungsrisiken abgesichert. Die Risiken stecken dann in sogenannten Derivaten.⁶⁵ Die nun vorgeblich risikofreien Schuldtitel können dann kurzfristig zu extrem niedrigen Zinsen am Geldmarkt beliehen werden.

Über kurzfristige Kredite erhält der Investor so das Geld zurück, das er für den Erwerb der langfristigen Titel vorgestreckt hat. Ziel ist es, aus der Zinsdifferenz zwischen den langlaufenden Schulden und den kurzfristigen Geldmarktkrediten einen Gewinn zu machen, der auch recht gering sein kann, wenn es nur gelingt, ihn so groß wie möglich zu hebeln. Die vielen kleinen Beträge summieren sich auf den globalen Finanzmärkten zu sehr großen Zahlen. Da kann schon mal eine Firma, die Zahlungsverpflichtungen auf Derivatemärkten verrechnet (»netting«) damit angeben, dass sie »just under 1.7 Quadrillion Dollar«⁶⁶ in einem Jahr durchlaufen lässt, das ungefähr 25fache der gesamten Weltjahresproduktion.

Auf gesetzliche Beschränkungen wird dabei wenig Rücksicht genommen, zeigt doch die Erfahrung, dass es weder genug Kapazitäten zur Aufklärung gibt, noch Banker strafrechtlich verfolgt werden. Tatsächlich muss der Homo Oeconomicus, den es vermutlich nirgendwo außer in der Finanzsphäre in Reinform gibt, das Verhältnis von Banken zu Gesetzen in rein ökonomischem Licht sehen. Es gibt keine Rechtswirklichkeit, sondern nur eine Handlungswirklichkeit, die weiter reicht als der Arm des

⁶⁵ International Swaps and Derivatives Association, »The Value of Derivatives«, 2014, www2.isda.org/about-isda/

⁶⁶ »DTCC delivered strong operating and financial performance over the course of 2011. The value of all securities transactions settled at DTCC rose 2%, to just under \$1.7 quadrillion«, in: Depository Trust and Clearing Corporation, *DTCC 2011 Annual Report: Managing Risks*, S. 1, www.dtcc.com/about/annual-report

Gesetzgebers. Daher werden Gesetze routinemäßig ignoriert oder umgangen und Strafen nach Risiko und Kosten einkalkuliert. Die Finanzwelt handelt nur rational, wenn sie sich dem Gesetz nicht mehr wirklich unterwirft. Seit in einem Staat verboten ist, was ein anderer erlaubt, gibt es kein Gesetz mehr, sondern nur noch eine Landschaft von Gesetzeslücken.

ZINSEN

Mit Schulden finanzierte Schulden machen den Kern der modernen Finanzwelt aus. Nach ihrem Marktwert zählen sie als Vermögen. Der Preis all dieser *financial assets* hängt von der zu erwartenden Rendite ab. Allerdings ganz anders, als man normalerweise erwarten wird und als es uns üblicherweise erzählt wird. Gewöhnlich denken wir, dass steigende Zinsen für Investoren oder Sparer gut seien, weil sie dann mehr einnehmen. Wenn aber die Einnahmen keine variable Größe sind, sondern fest stehen, dann löst sich die Gleichung anders herum auf. Dann sinkt bei steigenden Zinsen der Anlagewert. Und umgekehrt steigt deren Wert, wenn die Zinsen fallen. Das Vermögen vermehrt sich also nicht, indem es sich verzinst, sondern umgekehrt. Gerade in fallenden Zinsen liegt die Bedingung der Geldvermehrung. Diesem Umstand, und nicht allein der Ungleichheit der Einkommen, verdanken sich die jüngsten Vermögenszuwächse. Was wir in letzter Zeit erlebt haben, ist eine Dynamik steigender Preise für Anlagegüter aller Art, also Häuser, Land oder Staatsanleihen, die sich selbst antreibt. Je geringer die Zinsen, desto höher der verfügbare Kredit, desto größer die Nachfrage, desto weiter steigende Preise und weiter sinkende Zinsen.

Damit verdanken sich die Vermögen nicht mehr der Profitabilität, sondern der Geldschöpfung. Bei fallenden Zinsen können die im Wert gestiegenen *financial assets* mit einem größeren Volumen beliehen werden. Vermögen erweist sich ganz und gar als etwas, das sich aus anderer Leute Schulden herleitet. Es wird

zur reinen Herrschaft, die aus und auf ihren Forderungen besteht. Diese Forderungen in ihrer Bewertung auch bei gegenläufigen Marktbewegungen aufrecht zu erhalten, ist derzeit die vornehmste Aufgabe der Zentralbanken.

Hier ergibt sich ein eleganter Ausweg aus dem Dilemma der fallenden Profitrate. An die Stelle des Profits oder der Rente tritt die Zunahme der Vermögen, solange nur die Zinsen immer weiter gegen Null streben. Dass diese Vermögen sich so gut wie nicht mehr rentieren, zählt nicht mehr. Sie müssen nur wachsen. Und sie wachsen gerade, weil die Zinsen gegen Null fallen. Das Konstrukt aus gegen unendlich strebenden Vermögen bei einer Verzinsung gegen Null gilt als sicher nur dank der fortlaufenden Hilfen der Zentralbank, für die die absolute Schuldenhöhe eine fiktive Zahl in den Büchern bleibt. Damit wären wir in dem Paradies angekommen, in dem das Geld einfach als Gabe verteilt wird, leider mit einem sehr ungleichen Verteilungsschlüssel. Es erhält nämlich genau der am meisten, der ohnehin schon am meisten hat.

Bei negativen Zinsen läuft diese Rechnung aus dem Ruder. Für Null wird die Höhe der Vermögen unendlich, für negative Zinsen verlässt sie den Definitionsbereich. Unendliche Annuitäten können damit nicht mehr berechnet werden, wohl aber endliche, was nichts anderes heißt als aufsummierte Rückzahlungen über eine Zeitspanne, die nicht mehr unbegrenzt ist. Die Umstellung in der Berechnung der Vermögenswerte hat eine philosophische Konsequenz. Negative Zinsen zwingen die Investoren, Vermögenswerte nur noch über eine endliche Zeitreihe von Zahlungseingängen zu berechnen. Das heißt, wenn man es generalisieren will, dass der Kapitalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen sein eigenes Ende immer schon miteinkalkuliert.

So nützlich sich das System privater Geldschöpfung für das Wachstum der Wirtschaft erwiesen hat, auf Dauer führt es zu instabilen Verhältnissen. Ohne das Einschreiten der Zentralbank hätten sich 2008 die Kreditausfälle wie eine Kaskade durchs System gefressen. Sie hätten Geldmärkte großflächig zum Stillstand gebracht und die meisten der beteiligten Banken und Schattenbanken zahlungsunfähig gemacht. Das Finanzgebäude musste mit Methoden vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, die zuvor nur im Kriegsfall zum Einsatz kamen.⁶⁷

Per definitionem kann eine Zentralbank immer zahlen. Wenn sie zu tun verspricht, »whatever it takes«⁶⁸, sind keine Limits gesetzt. Freilich gibt sie nur ihre eigene Währung aus, was in Zeiten der Globalisierung durchaus eine Einschränkung darstellt. Zumal sie nicht einfach zahlt, sondern nur leiht, und zwar gegen Sicherheiten, wie jede andere Bank auch. Als Kollateral akzeptiert sie Zahlungsforderungen, vor allem Staatsschulden, Bank- und Unternehmensanleihen.⁶⁹ Der Kredit landet auf dem Empfängerkonto, ohne dass ein Geldschein die Hände wechseln müsste. In den Jahren vor 2007 bestand die Aufgabe der Zentralbank hauptsächlich darin, wirtschaftliche Dynamik durch Kreditvergabe zu fördern und gleichzeitig die Inflation in Schach zu halten.

In der Krise brachen die Preise für verbriefte Sicherheiten und gleichzeitig die private Kreditvergabe ein. Das hätte in der

⁶⁷ Im Übrigen wurde die Bank of England genau für diese Art der Kriegsfinanzierung gegründet. Vgl. Halley Goodman, »The Formation of the Bank of England«, *Penn History Review*, Vol. 17, Herbst 2009, S. 10-30.

⁶⁸ Mario Draghi, 26. 07. 2012: »But there is another message I want to tell you. Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.«, www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html

⁶⁹ Vgl. EZB, www.ecb.europa.eu/mopo/assets/charts/html/index.en.html

global vernetzten Finanzwelt eine Kettenreaktion der Zahlungsfähigkeit auslösen können. Übersteigen die Verluste dauerhaft das Eigenkapital der hochgehebelten Banken, fehlt diesen nicht nur temporär die Liquidität, sondern sie werden insolvent, gehen also Pleite. Tatsächlich, so stellte sich heraus, waren nicht nur Banken in das Desaster verwickelt, sondern auch Geldmarktfonds, Versicherungen und seltsame, am Finanzmarkt aktive Briefkastenfirmen. Das Konglomerat aus finanzmarktaktiven Nichtbanken, den sogenannten »Shadow-Banks«, erlebte seinen ersten *bankrun*.

Weltweit sahen sich Zentralbanken genötigt, in großem Umfang Schuldverschreibungen aufzukaufen, um deren Marktpreise zu stabilisieren. Damit wurden sie im Markt der großen Vermögen zu aktiven Händlern. Seitdem sind Zentralbanken Anleger, wobei ihr Ziel nicht darin besteht, selbst Werte zu halten, sondern die Bewertungen der anderen Anlagen zu stützen.

Diese Praxis verändert die gesamte Architektur des Finanzsystems. Offiziell verhält es sich zwar immer noch so, dass die Zentralbanken Sicherheiten in ihre Bilanz nehmen und dafür Geld verleihen. Aber im Unterschied zu vorher kommen diese Sicherheiten nicht auf den Markt zurück. Sie bleiben in den Büchern der Zentralbanken, um die zugrundeliegenden Werte dauerhaft zu stützen. Damit wird der Notfall zum Normalfall. Aber die Maßnahmen wirken nur dann wie geplant, wenn die großen Zentralbanken sie koordiniert durchführen. Andernfalls führen sie auf den globalen Geldmärkten zu Zinsdifferenzen und in deren Folge zu enormen Kapitalströmen von Anlegern, die lieber mit sogenannten »Carry Trades« spekulieren, als realwirtschaftliche Investitionen zu riskieren.

In dem nun dauerhaft geltenden Ausnahmezustand sind die Zeiten vorbei, als Krisen den Markt von faulen Krediten bereinigten. Theoretisch könnten Zentralbanken diese Lage nutzen, um sich zu einer neuen Wirtschaftsregierung zu wandeln. Die Macht, zu entscheiden, welche Werte als Sicherheit akzeptiert werden

und welche nicht, würden ihnen erlauben, das Verhalten der Teilnehmer an den Märkten zu lenken. Aber tatsächlich spielen die Zentralbanken ein eigenartiges Spiel. Nominell sind sie neutral und unabhängig. De facto stehen sie auf der Seite der Banken. Sie bilden eine Parallelregierung des großen Geldes, eine vierte Gewalt.⁷⁰ Diese Form der Herrschaft von Technokraten und Experten erscheint mehr als bemerkenswert in einem demokratischen Staat, in dem eigentlich das Volk der Souverän sein sollte.

GELDKRISE

In dem Kapitel über die *animal spirits*, also über die psychologische Dynamik der Wirtschaft, betont John Maynard Keynes, dass immer erst die möglichen Gewinne des nächsten Jahres die Phantasien wecken, die zu heutigen Investitionen ermuntern.⁷¹ Nur das Zutrauen in kommendes Wachstum macht das gegenwärtige und tatsächliche Wachstum überhaupt plausibel. In einer fernen Zukunft, so Keynes weiter⁷², in der Kapital nicht knapp, sondern im Überfluss vorhanden ist, wird Geld allein für seinen Gebrauch keinen Preis mehr verlangen können. Dann kann die Rendite nur noch das Risiko kompensieren. An diesem Punkt, so

⁷⁰ Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich 2015, S. 143ff.

⁷¹ John Maynard Keynes, *General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936, hier zitiert nach der Online-Ausgabe cas.umkc.edu/economics/people/facultypages/kregel/courses/econ645/winter2011/generaltheory.pdf, Kap. 12, Abs. III, zum »Stand der langfristigen Erwartungen«, S. 97: »If human nature felt no nature felt no temptation to take a chance, no satisfaction (profit apart) in constructing a factory, a railway, a mine or a farm, there might not be much investment merely as a result of cold calculation.«

⁷² Ebd., Kap. 24, Abs. II., S.237: »I feel sure that the demand for capital is strictly limited in the sense that it would not be difficult to increase the stock of capital up to a point where its marginal efficiency had fallen to a very low figure.«

Keynes, werde es möglich, die Übermacht des Kapitals zu überwinden.⁷³

Aber Keynes hat sich in seiner These vom sanften Tod des Rentiers verschätzt. Die Vermögenden verfügen über genügend politische Macht, um ihre Reichtümer auch dann weiter wachsen zu lassen, wenn der klassische Weg nicht mehr geht. Finanzinvestitionen verlieren mehr und mehr ihre Verbindung zur Realwirtschaft. Das Eingeständnis, dass die in den Zahlungsforderungen bereits verkaufte Zukunft nicht stattfindet, dass also die Anleihen, die auf sie laufen, nie bezahlt werden, lässt sich endlos aufschieben. Neue Geschichten, neue Hoffnungen und neue Versprechungen zögern den Moment immer noch ein Stückchen weiter hinaus. Deshalb gilt das sogenannte »Vertrauen« als so wichtig in der Finanzwelt, auch wenn es nur den Willen zur kollektiven Illusion bezeugt.

Sobald diese Illusion auffliegt, werden alle versuchen, ihre Forderungen einzutreiben. Dann stehen die Akteure vor der Alternative, entweder unterzugehen, oder Zahlungen mit allen Mitteln zu erzwingen. Das Eintreiben der Forderungen folgt derselben Eskalation, die vom Mahnbrief zum Gerichtsvollzieher zur Inkassomafia und zu Morddrohungen voranschreitet, nur in größerem Maßstab. Eine Fortsetzung der Finanzkrise mit anderen, sprich gewalttätigen Mitteln, ist deshalb keinesfalls auszuschließen.

Um eine große Kreditkrise zu vermeiden, darf die Bewertung der Vermögenswerte unter keinen Umständen fallen, da sie als Sicherheiten hinterlegt und zigfach beliehen sind. Weil aber andererseits der Ausnahmezustand, unter dem Zentralbanken eben diese Werte laufend stützen, schon zur neuen Normalität geworden ist, verfügt die Finanzsphäre über keinen Puffer mehr, um etwaige Störungen im System abzuwehren. Trotzdem kann der große konventionelle Crash nicht mehr stattfinden, seit die

⁷³ Ebd.: »I see, therefore, the rentier aspect of capitalism as a transitional phase which will disappear when it has done its work.«

Zentralbank die Ausweitung ihrer Bilanz als Mittel der letzten Wahl schon standardmäßig einsetzt.

Die Sollbruchstelle im System liegt nun anderswo, und zwar im Gegensatz zwischen einem internationalen Finanzmarkt und den noch national oder auf Währungsgruppen bezogen agierenden Zentralbanken. Kann eine Zentralbank Bankrott gehen, lautet eine der entscheidenden Fragen. Wohl nicht, solange sie innerhalb des eigenen Währungsraums agiert.

Die globale Verteilung führt notwendigerweise zu einer sich verschärfenden Konkurrenz der Währungsgruppen um Anteile an den internationalen Märkten und um die letzten Renditereserven. Anzeichen dieses Kampfes zeigen sich bereits jetzt in negativen Zinsen. Historisch gesehen führen derartige Konflikte regelmäßig auf ein und dieselbe Lösung zu. Sie heißt Krieg.

Der Hang zur gewalttätigen Lösung ergibt sich nicht nur aus Währungskonflikten und aus der Machtfrage, die sich beim Eintreiben der Forderungen stellt. Es kommt ein weiterer Effekt hinzu, der den Ausbruch von Gewalt nahe legt. Wenn Werte unsicher werden, beginnen die Anleger daraus zu flüchten. Risiko-freudigere Marktteilnehmer kaufen sie auf. Währenddessen muss sich der auf Sicherheit bedachte Anleger nach neuen Gelegenheiten umschauen. Dabei bieten sich Werte an, die selbst wieder von einem verstärkten Sicherheitsbedürfnis profitieren, etwa Rüstungsfirmen. So steigt ganz von selbst das Interesse, sich mit Investitionen in Waffen gegen Unsicherheiten abzusichern. Auf diese Weise setzt sich eine Spirale in Gang, bei der die Flucht in Sicherheiten zu einem immer höheren Risiko führt.

FINANZFEUDALISMUS

Tritt eine Krise ein, versucht man als erstes, Arbeitseinkommen zu senken. Dann, so die dominierende Theorie, wird der geringeren Kosten wegen die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Gleichzeitig müssen zweitens, und das ganz besonders im

Fall einer Finanzkrise, die Vermögen erhalten und die Banken gerettet werden. Die dazu verwendeten Gelder gehen samt und sonders in den Markt für Vermögensanlagen. Diese sogenannte Rettung führt zu einem System, das gleichzeitig den Leuten Tribute abverlangt und den Vermögenden Sicherheit verspricht. Wir geraten damit in eine neue Form der Feudalherrschaft.⁷⁴

Der neue Feudalismus unterscheidet sich vom alten, für den es noch das unmittelbare Machtverhältnis zwischen Herr und Knecht gab. Damals konnte der Herr noch von seinem Leibeigenen Tribut verlangen. So läuft das heute nicht mehr. Finanzverhältnisse sind anonymisiert. Niemand muss mehr wissen, an wen die geforderten Zahlungen gehen.

Es gibt eine natürliche Grenze, bis zu der von der Finanzelite beanspruchte Anteil am gesamten Einkommen wachsen kann. Die Welt kann nicht mehr geben als alles, was sie hat und herstellt. Historisch gesehen wäre schon ein Zehntel davon ein enormer, im Verlauf der Weltgeschichte selten und nur um den Preis von Volksaufständen erreichter Anteil. Derzeit gibt es Vermögen in Höhe von ungefähr 250 Billionen Dollar. Die jährliche Gesamtproduktion der Welt bewegt sich um 70 Billionen Dollar.

Wir streben auf einen idealen Zustand zu, in dem sich die Vermögen mit Hilfe der Zentralbank vermehren, während die sogenannte Realwirtschaft zum kostspieligen Randbereich absinkt. Je mehr sich die Vermögen allein aus der Finanzsphäre nähren, desto unwichtiger wird die Produktion. Stellen wir uns vor, wir könnten eine Menge an Finanzassets ständig beleihen, ständig ein weiteres Einkommen generieren. Niemand, der noch ein Fünkchen Verstand hat, würde noch in Produktion investieren. Damit wäre die ökonomische Aktivität im herkömmlichen

⁷⁴ Michael Hudson: »But in reality it is a lapse back into a rentier economy, and even into a kind of neofeudalism. The post-2008 bailouts have vested a new rentier elite to lord it over the 21st century [...].«, michael-hudson.com/2012/04/productivity-the-miracle-of-compound-interest-and-poverty/

Sinn eingefroren. Die perfekte Finanzwelt braucht weder Konsum noch Produktion, weder Käufer noch Arbeiter.

Das wäre die Verwirklichung des totalen Finanzkapitalismus als das Ende jeder konventionellen Wirtschaft. Wenn sich alle Finanztransaktionen in einem großen Netz von Computern abspielen, in dem Finanzwerte hierhin und dorthin verschoben, gehebelt und vermehrt werden, dann hat das mit dem alten Kommando lebendiger Arbeitskraft nichts mehr zu tun. Wir wären zwar alle von bezahlter Arbeit befreit, aber eben auch von allen lebensnotwendigen Gütern.

Denken wir noch einen Schritt weiter. Stellen wir uns einen Moment die vollkommene Ungleichheit vor, in der 1% alles hat und 99% nichts. Auch wenn dieser Zustand nie eintreten kann, wir streben darauf zu, und die Frage ist, wie nahe wir ihm kommen können. Auf dem Weg in diese Welt müsste industrielle Produktion dauerhaft subventioniert werden oder wäre ständig defizitär, nur gut für die Vermögen, denn damit kämen erfreulicherweise immer neue Schuldtitel auf den Markt. Das Einkommen in dieser Welt würde allein über Finanztransaktionen erzielt. Das prekäre Leben der 99%, die ihre Existenz ohne Einkommen, von gelegentlichen Hilfeleistungen und ohne Chancen fristen, würde sich vollkommen in eine Schattenökonomie verlagern. Während auf der einen Seite eine kleine Elite sich alles aneignet, was noch produziert wird, und nur noch das sich produzieren lohnt, was die Elite will, wird der große Rest der Menschheit von Billigheimern mit Massenwaren abgespeist, lebt zwischen prekären Anstellungen und Arbeitslosigkeit oder ist auf der Flucht aus der sich ausweitenden Desasterzone.

REVOLUTION UND VERWALTUNG

OHNE REVOLUTION

Die Zeit der Revolutionen ist vorbei. So gut all unsere Freunde und wir selbst auch miteinander vernetzt sein mögen, ein revolutionäres Subjekt wird sich in den »social media« unserer Tage kaum herausbilden.⁷⁵ Zwar gibt es Bewegungen für und gegen alles Mögliche, den Klimawandel, die Globalisierung, die Finanzindustrie, aber sie verzetteln sich im Partikularen. Oder sie wachsen wie Occupy rasch zu beachtlicher Größe, um dann ebenso rasch zu zerfallen.

Thematisch orientierter Aktivismus verliert sich in der Vielfalt der vorhandenen Forderungen und der angedockten Communities. Eine kann gerade so gut gegen die Bankenherrschaft sein, wie der Andere bestimmte Sneakers mag, oder Dritte einen Fußballverein. Die Occupy-Bewegung hat zwar vielleicht am richtigen Konflikt angesetzt, aber eben gezeigt, dass es über temporären Aktivismus vorübergehend vereinigter Communities hinaus kaum zum gemeinsamen politischen Handeln kommt. Um nachhaltig politische Veränderungen herbeizuführen, fehlt die über das bloße Ereignis hinaus reichende Organisation.⁷⁶

Demokratische Rituale geben gleichfalls wenig Anlass zur Hoffnung. Unter postdemokratischen Bedingungen gelingt es nur noch in Ausnahmefällen, Forderungen in eine Bewegung zu übersetzen und unbeschadet in eine Regierung zu tragen. Das Ungenügen der modernen Demokratie liegt daran, dass sie an allen Fronten dem ökonomischen Regime den Vortritt lassen muss. Es bleibt kaum mehr etwas zu regieren.

⁷⁵ Comité invisible, *A nos amis*, a.a.O., S.101ff.

⁷⁶ Zeynep Tufekci: »Online social Change: easy to organize, hard to win«, 2015, www.ted.com/talks/zeynep_tufekci_how_the_internet_has_made_social_change_easy_to_organize_hard_to_win/transcript

